Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

115 (17.5.1930)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Eigenpreis Die 10 getheilte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gelegenheitsanzeigen und Stellengänge 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile kostet 10 Pfennig. Bei Mehrerhebung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterhaltung des Abbestellens, bei geschäftlicher Betreibung und bei Konturs auf Kredit tritt o. Erschließungsübersichtstabell. 10 Karlsruher L. D. o. Schluß der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. Ohne Zustellung 2,20 Mark o. Durch die Post 2,66 Mark o. Einzelverkauf 15 Pfennig o. Erscheint 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfach 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. D., Weidengasse 28 o. Fernruf 1020 und 1021 o. Verteilungsbüro: Karlsruhe, Weidengasse 28; Baden, Jagdfeldstraße 12; Rastatt, Rastattstraße 2; Offenburg, Hauptstraße 5

Nummer 115 Karlsruhe, Samstag, den 17. Mai 1930 50. Jahrgang

Dem Parteitag zum Gruß!

Sch. Wie über der ganzen deutschen Wirtschaft, liegt in Baden der schwerer Weise über dem badischen Wirtschaftslieben eine nun schon seit Jahren anhaltende Depression. Besonders große Kreise der badischen Arbeiterschaft daher starke Not; die Erwerbslosigkeit ist, zumal in der Landwirtschaft nur dann eine erträgliche Existenz haben, wenn sie oder Familienangehörige in der Industrie oder Gewerbe finden.

gegenwärtige Koalition ihre Kraft und Fähigkeit zur notwendigen politischen Arbeit durchaus bewiesen hat. Und solange die beiden sozialistischen Parteien in vereinsamerlicher Beschränktheit und Verbissenheit beharren, werden eben Zentrum und Sozialdemokratie die Staatsmaschine im Gange halten müssen.

tag wird ihn wahrscheinlich auch darüber informieren, daß die badische Parteigenossenschaft nicht durchweg zu den Bewunderern aller taktischen und auch politischen Entscheidungen der Reichstagsfraktion bzw. ihrer wechselnden Mehrheiten ist. Es ist aufgefallen, daß die badische Sozialdemokratie jetzt schon die Kandidaten zur Reichstagswahl nominiert. Nach unserem Statut hat der Landesparteitag das letzte Wort hinsichtlich der Aufstellung der Reichs- und Landtagskandidaten. Da im Reich noch im Verlaufe dieses Jahres ganz ernsthafte Komplikationen eintreten können, erübrigt sich die Einberufung eines Parteitages, falls es zu einer Auflösung des Reichstages käme. Das ist der Grund. Das organisatorische Geschehen der badischen Sozialdemokratie hat sich in den letzten zwei Jahren trotz aller Not nicht nur gut gehalten, sondern auch vorwärts entwickelt. Der Bericht des Landesvorstandes erbringt den Beweis dafür. Wir können daher in sicherer Voraussicht und in voller Ruhe dem Offenburgener Parteitag Glück zu seinen Beratungen wünschen. Er wird die Parteigenossenschaft nicht enttäuschen. Ein herzlich willkommen den Vertretern unserer Parteioffiziere in der alten Kinzigstadt, die schon so oft badische Parteitage beherbergt hat.

Parteitagserinnerungen

Badische Parteitage vor dem Kriege

Von A. Weismann, Karlsruhe

Wohl schon in der Mitte der 90er Jahre fanden auf badischen Parteitag der Sozialdemokratie taktische Auseinandersetzungen statt, denn der Lübecker Parteitag von 1899 befaßte sich bereits mit den badischen Budgetbewilligungen. Also mußten entsprechende Vorgänge in Baden vorausgegangen sein. Doch der Nürnberger Parteitag von 1908 und der Magdeburger von 1912 wiederum die badischen Parteifragen aufrollten, fast sicherlich herbeides Zeugnis dafür ab, daß vor dem Kriege die badischen Parteitage fast stets von der Erörterung über die parlamentarische Taktik und Politik beherrscht waren. Ich kann meine Erinnerungen nur auf die Parteitage von 1905 ab konzentrieren. Aber in diesem Jahre entstand bekanntlich der sog. badische Großblock, das taktische Zusammengehen der Sozialdemokratie mit den Nationalliberalen und Demokraten bei den Landtagswahlen, und es war selbstverständlich, daß die weiteren Parteitage von den zwei Problemen: Großblock und Budgetbewilligung beherrscht waren. Immer war Offenburg der Ort, in welchem die Parteischichten geschlagen wurden. Der letzte Parteitag, welcher vor dem Kriege stattfand, wurde im Juni 1914 in Freiburg abgehalten; die sog. Wader-Taktik bei den badischen Landtagswahlen von 1913 — die Zentrumunterstützung eines jeden liberalen Kandidaten, welcher gegen die Sozialdemokratie zum Siege geführt werden konnte — gab dem badischen Großblock bereits schon den Todesstoß. Die deutsche Frage und das Verständigungsproblem mit Frankreich (es war zwei Monate vor dem Weltkrieg) waren mehr Verhandlungsgegenstände auf der Freiburger Tagung, als badische Großblockfragen. Der Parteitagsvorsitzende, Gen. Dr. Frank, galt ja als badischer Führer bei den Verständigungsunterhandlungen mit Jaures und anderen Franzosen in Genf und Basel. Aber vorher stand fast auf allen badischen Parteitagen das Parteiparometer auf Sturm! Kollb, der leidenschaftliche Vertreter des Großblocks und der Budgetbewilligung, hatte dabei keinen leichten Stand; er wurde zwar von Engler, Freiburg und Frank, Mannheim und anderen unterstützt, aber auf radikaler Seite standen der verstorbene Eichhorn, der damalige Karlsruher Reichstagsabgeordnete Adolf Gled, der heutige kommunalistische Reichstagsabgeordnete Kemmle, der jetzige Solinger Reichstagsabgeordnete Dietrich, der heutige Kommunist Jakob Traubinger aus Karlsruhe usw. Die Parteipresse bekämpfte Kollb und Frank, aber dem Großblock waren auch in den Reihen der Gewerkschaftler ernsthafte Gegner entstanden, die aus der Vörracher Gegend und zum Teil auch aus den größeren badischen Städten kamen. Sie erklärten, der Großblock mache sie ihnen unmöglich, gegen die nationalliberalen Industriellen bei Lohnforderungen zu kämpfen, wenn Sozialdemokratie und Nationalliberale im badischen Parlament zusammenarbeiten.

und Klassenbericht, der stets am Samstag gegeben wurde, hob die parteipolitische Auseinandersetzung an und steigerte sich manchmal bis zur Stechprobe in den heißen Abendstunden.

Am Sonntag morgen war es zunächst etwas ruhiger, bis das Kollbische Referat den Höhepunkt und in der Debatte dann den Ausklang, der nicht immer harmonischer Natur war, brachte. Und doch! Mochten scharfe und schroffe Worte gegenseitig gefallen sein und waren die Debatten oft äußerst leidenschaftlicher Natur, die Feststellung darf gemacht werden: Die badischen Parteitage erweckten das lebhafteste Interesse der gesamten badischen Sozialdemokratie und der politischen Öffentlichkeit unseres Landes! Sie fanden stets auch bei den außerbadischen Parteigenossen hohe Beachtung. Zudem war der deutsche Parteivorstand regelmäßig durch eines seiner Mitglieder vertreten; u. a. waren in Offenburg der verstorbene Reichspräsident Fritz Ebert und der jetzige preussische Ministerpräsident Otto Braun, in Freiburg der Reichstagsler a. D. Müller usw.

Und wenn in der Zeit nach dem Kriege wie auch heute noch die Parteiformel lautet: Innerhalb oder außerhalb der Regierung, so hieß es eben damals: Verbindung mit anderen Parteien, um im Landtag und im Reichstag politischen Einfluß zu erreichen! Schon damals wurde auf den Parteitagen vieles gesprochen, was in anderer Variation nach der Staatsumwälzung von 1918 ebenfalls auftauchte. Das Suchen nach der besten und zweckmäßigsten Taktik beherrschte stets die „Nichtungen“! Nur rechnete man noch nicht mit der Swaltung der Partei, die dann allerdings schon während des Krieges und später durch die Gründung der kommunistischen Partei einsetzte.

Im übrigen hatte erfreulicherweise die starke Industrialisierung Badens eingewirkt. Wie blühte doch die badische Industriezentrale Mannheim mit ihren gewaltigen Anlagen auf, wie stiegen die Exportisernen in der Wollweberstadt Forstheim, wie dehnte sich die Textilindustrie am Oberrhein und in der Vörracher Gegend aus, wie schmolz die Zahl der Industriearbeiter in dem Grenzstädtchen Singen a. S. an! Sogar die bisherige reine Beamtenstadt Karlsruhe fing an, sich in stärkerem Maße wie bisher Industrie ausulegen. — Zudem hatte man in Baden damals nicht so viele Dunder Arbeitslose, als es heute leider Tausende sind.

Daß diese wirtschaftliche Entwicklung Badens auf den Verlauf badischer Parteitage von nicht geringem Einfluß war, ist selbstverständlich, denn sozialdemokratische Parteitage sollen ja der Widerhall der jeweiligen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Situation des Landes sein. War doch auch die Zahl der badischen Landtagsabgeordneten von 12 im Jahre 1905 auf 20 im Jahre 1909 angewachsen, allerdings vier Jahre später wieder durch die schon erwähnte Wader-Taktik auf 13 gefallen.

So stellten die badischen Parteitage vor dem Kriege beständiges Ringen und Kämpfen um das Wohl der Arbeiterklasse und der Sozialdemokratie vor dem höchsten Parteitribunal dar; sie waren niemals, wie man zu sagen pflegt, langweilig, und jeder Delegierte hat etwas mitgenommen, das ihn und seine Auftraggeber geistig befruchtete und Beirungstoff oft monatelang in den Parteiverfammlungen gab.

An ähnlichen Anregungen und Eindrücken sollte es der Offenburgener Parteitag von 1930 nicht fehlen lassen. Die politischen Nachwirkungen werden dann sicher heute wie damals für die badische Sozialdemokratie recht gute sein.

den Arbeiterarbeitern großen Teile des sogenannten Mittelstandes und die kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Besitztümer, die angeht unsere Zwergverhältnisse in der Landwirtschaft nur dann eine erträgliche Existenz haben, wenn sie oder Familienangehörige in der Industrie oder Gewerbe finden. Wirtschaftlich wirken sich diese wirtschaftlichen Verhältnisse drückend auf das Gewerbe und auf das Geschäftsgeschehen allgemein aus. Die südwestdeutsche Gegend ist in einen erheblichen wirtschaftlichen Notstand geraten. Die steuerlichen und finanziellen Maßnahmen und Gesetze der Brüningregierung und ihrer parlamentarischen Vorgänger werden die Situation im Südwesten erleichtern — sie werden sie erschweren.

Offenburgener Tagung ist in erster Linie der Parteitag gewidmet, den Aufmarsch zu den Gemeindevahlen im Herbst vorzubereiten. Hat schon das Reich geahndet noch erhebliche finanzielle Sorgen, so erst recht die Gemeinden und noch stärker die meisten Gemeinden. Zeitlich sind auch Zeiten der Hochkonjunktur für wirtschaftliche, soziale und politische Quasialbera la Nazifol, Landtagsgruppen, Wirtschaftsparteiler usw. Und die Parteitag, besonders die Krupellose und Frege, findet nur allzu willige Ohren. Gemeindevahlen sind aber von den bürgerlichen Parteien dazu mißbraucht, die Kleinlichkeit und Engherzigkeit zur Orgie anzusetzen zu lassen, vor den Interessentengruppen zu kapitulieren.

den bevorstehenden Gemeindevahlen wird das umso mehr in Erscheinung treten, weil den bürgerlichen Parteien Konkurrenz erstanden ist, die in der gewissenlosen Phrasologie der Hege ihnen überlegen ist: die Nationalsozialisten, die sie aufzutreten, den politischen Kampf gleichsam zum Gemeindefest auf niedrigerer Stufe gestalten. Beratungen und die Beschlüsse des heute beginnenden Parteitages der badischen Sozialdemokratie werden, dessen wir gewiß, von dem Geiste beherrscht sein, daß in jedem unter allen Umständen auch in der Gemeindepolitik das sozialdemokratische Prinzip der Gemeindevahlen, die kommunalpolitische Tätigkeit gerade auch der badischen Sozialdemokratie vermag einer kritischen Prüfung standzuhalten und die programmatische Grundlage für unser kommunalpolitisches Wirken ist auf den Realitäten des kommunalen Lebens aufgebaut. Wie keine andere Partei im Lande, hat die Sozialdemokratie die Schulung ihrer Vertreter in den Parteiverfammlungen sich zur ersten Pflicht gemacht, und kommunalpolitische Landesauswahl leistet dabei wertvolle Arbeit.

Wir wissen, daß der Wahlkampf im Parteitag ein schwerer sein wird und daß sich auf die Sozialdemokratie konzentrisch das Feuer aller anderen Parteien im Parteitag des Kampfes.

Beratungen über die Landespolitik werden von kritischen Stimmen zu Gehör bringen. Auch wir werden wenn Wünsche im politischen Geschehen Bedeutung haben, manches lieber anders sehen, als es in der Parteiverfammlungen aber zwei Parteien sich in die Staatsmacht und die Staatsverantwortlichkeit teilen, von denen die eine die Staatsverantwortlichkeit so stark ist wie der Koalitionspartner, die andere die Staatsverantwortlichkeit so schwach ist wie der Koalitionspartner, so glauben wir sagen zu dürfen, daß auch die

Umgruppierung Europas?

Was geht in den Kabinetten und in der Diplomatie vor?

gr Karlsruhe, 17. Mai 1930.

Die Politik ist heute noch kein Faustspiel für gemächliche Ruhebedürftige Leute. Die Spannung in der inneren Politik Deutschlands zeigt sich an den täglich sich ereignenden blutigen Zusammenstößen, die nicht gerade von einer starken Staatsautorität zeugen. Die furchtbare Auswirkung der Wirtschaftskrise wird am markantesten in der Arbeitslosigkeit demonstriert, der vielleicht schrecklichsten sozialen Geißel unserer Tage. Wie wenig jedoch selbst die Fundamente der Sozialpolitik heute als befestigt gelten können, beweisen die unermüdlichen Angriffe, mit denen das Unternehmertum bald diesen, bald jenen Zweig der Sozialpolitik aufs Korn nimmt, um der hart abgekämpften Arbeiterschaft die letzten Reste revolutionärer Errungenschaften, so möglichst darüber hinaus, noch abringen zu können. In diese mit Hochspannung geladene Atmosphäre fällt nun der Blick außenpolitischer Kombinationen, der von weiteren Kreisläufen vielleicht wenig bemerkt, für die kommende Entwicklung Europas jedoch von einer heute in seiner Auswirkung noch gar nicht zu überschätzenden Bedeutung sein kann. Gruppieren man als die Gerüste und Kombinationen der letzten Wochen auf dem Gebiete der Außenpolitik in ein Bild, so muß man den Eindruck gewinnen, daß in der europäischen Diplomatie eine Umgruppierung vor sich geht, die für jedes einzelne Land so eminent wichtig sein kann, daß man fast von einer Schicksalsstunde Europas sprechen muß.

Seit einem Jahr können wir eine Wendung in der äußeren Politik der europäischen Länder beobachten. Die Haager Konferenz brachte ein Abtrüden Englands von Frankreich, herbeigeführt durch Snowden, dessen Arbeit zweifellos von den sich im Hintergrund haltenden, personell festgesetzten englischen Konventionen, nicht ungerührt gesehen wurde. Die Londoner Seetransportkonferenz brachte zwar den Drei-Mächte-Pakt England—Amerika—Japan mit der von der englischen Finanz aus zwangsläufigen Ersparnisgründen notwendigen Flottenparität zwischen England und Amerika und eine zeitweilige Unterbindung des Rüstungswettlaufes zur See; gemessen am größeren Ziel der Abrüstung oder gar an wirklicher Befriedung war das Ergebnis jedoch sehr mager. Denn eine der Hauptvoraussetzungen europäischer Abrüstung, die Verständigung zwischen Frankreich und Italien ist in London nicht gelungen und scheint auch jetzt bei fortgesetzten Verhandlungen in Genf keinen besseren Ausgang zu haben. So mühsam ist es für die Menschheit ist, daß das Wort vom „letzten Krieg“, das in der verflochtenen Menschheitskatastrophe so oft zu hören war, ewige Wahrheit sein möge, so falsch wäre es, über Hoffnungen die Wirklichkeit zu übersehen, und die wirklichen Tatsachen lassen leider wenig erkennen, daß Europas Lagerung derzeit gespalten ist, daß eine Durchbrechung organisch friedlicher Entwicklung für alle Seiten ausgeschlossen sei.

Wie immer in geschichtlichen Entwicklungen ist es auch hier sehr schwer, Schuld und Fehl bis zur letzten Deutung herauszuschälen. Zweifellos hat die Art, wie die ehemalige Entente und besonders Frankreich Deutschland nach dem Kriege behandelte, nicht dazu beigetragen, in Deutschland jenen Versöhnungsgeist bis zum letzten Strauß zu lassen, den wir als Anhänger der Völkerverständigung wünschen, ebenso wie auch die Pläne mancher Gebietsfragen nicht dazu ansetzten, allerorts Anhänger für ewige Kontinuität des Gewordenen zu werben. Deutschland auf der anderen Seite hat es sicherlich dagegen ebenso wenig verstanden aufgrund der nun einmal existierenden Lage die Tatsache der vorhandenen Verständigung im Lichte der Welt so auszuwerten, daß sie geistig bahnbrechend für eine neue friedliche Menschheitsära hätten wirken können und so uns wehrlos hätte ein Ertrag liefern können für ausfallende Inflation der Machtvollmacht. Der gekantete europäische Welt muß man jedoch den schweren Vorwurf machen, daß sie es nicht verstanden hat, durch gekantete Schöpfungstraités ein neues Europa zu formieren. Die von uns begrüßte paneuropäische Idee Coubeuvre-Kalergis bildete zwar teilweise das Gesprächsthema der Salons und Couloirs, wurde auch, vor allem von Briand, gelegentlich aufgearbeitet und soll gerade in diesen Tagen — heute oder morgen — durch Fragebogen über die bundesstaatliche Organisierung Europas wieder einmal zur offiziellen Sache der Regierungen gemacht werden; von einem festen klaren Willen mit allen Kräften dieses große von politischen und wirtschaftlichen Bedürfnissen diktierte Ziel durchzusetzen, haben wir jedoch all die Zeit her sehr wenig verpirrt. Solche erhabenen Ziele lassen sich jedoch nur erreichen, wenn hinter einem Sturm der Begeisterung fester durch nichts zu erschütternder Wille des Staatsmannes steht, während bei mancherlei Europageplätzen manchmal nur allzu sehr der Wunsch erschällig wird, dieses hohe Ziel als Mittel zur Stabilisierung der Interessen einzelner Mächte zu gebrauchen, statt aus dem Plan dieser großen Idee eine Neuformierung Europas dermaßen zu erstreben, wie sie im Interesse der gesamten europäischen Politik notwendig ist.

Diese verworrene und sehr bedenklich aussehende Situation der europäischen Politik zum Hauptfaktor seiner Machtpolitik zu machen, ist nun das Ziel des Friedensförderers an der Adria Benito Mussolini. Mussolini weiß sehr wohl, daß England heute nicht mehr in dem Maße hinter Frankreich steht wie noch vor kurzer Zeit. Dem italienischen Diktator ist aber auch bekannt, daß in Deutschland in weiten Kreisen Mißbegehren besteht sowohl über die Lösung mancher Fragen auf der Versailler Konferenz und auch späterer Beschlüsse wie über die Regelung mancherlei Gebietsfragen. Sein Plan geht nun dahin, das ohnehin von England etwas gelockerte Frankreich in eine weitere Isolierung hineinzubringen, indem er Deutschland sich jenem antifranciaischen Block anzuschließen sucht, den er bereits nach Ungarn usw. aufzubauen begonnen hat. Mussolini mittelt Morgenluft in seiner Auseinandersetzung mit Frankreich, in deren Hintergrund das imperiale Streben Italiens nach Machtvergrößerung im nördlichen Afrika und das natürliche Interesse der Person des Diktators auf Ablenkung des italienischen Volkes durch außenpolitische Abenteuer steht. Nachdem seit dem Ausgang des Weltkrieges die europäische Politik im Zeichen der französischen Vorherrschaft stand, gerät nun auf dem Gewaltfrieden von Versailles und geführt auf die militärische Überlegenheit des französischen Heeres, ist Frankreich heute infolge seiner Isolierung so weit, daß es mit keinem Worte darauf reagiert, wenn Mussolini scharf, sehr scharfe Worte spricht, die an niemand anders als an die Adresse Frankreichs gerichtet sein können, wobei Deutschland eine starke Figur in dem Schachbrett Italiens zur Auseinandersetzung gegen Frankreich, Polen und die kleine Entente ist.

Das Podium für Deutschland bildet dabei für Mussolini die zweifellos in weitesten Kreisen Deutschlands begrüßte Forderung einer Gesamtansprache und Gesamtbereinigung aller der Fragen, die das Europa von heute in eine Spannung verleben, und insbesondere in Deutschland als der Distillation erforderlich angesehen werden. Wie sehr diese geschichtlichen Parolen Mussolinis, Europa neu zu stabilisieren und eine Revisionströmmung in die Wege zu leiten, in Deutschland auf fruchtbaren Boden gefallen sind, können wir nicht nur bei den Reichsparteien

beobachten, sondern weit darüber hinaus ist es möglich, da interessante Feststellungen zu machen. Die Zeitschrift für Geopolitik konstatiert bereits in ihrer Aprilnummer im Anschluß auf die zu Tage tretende Isolierung der französischen Politik, daß sie „zwischen zwei Mächten, Italien und Deutschland steht, in denen die evolutionären und revisionistischen Tendenzen sich in Zukunft stärker herausbilden und zu ganz bestimmten Forderungen führen werden“. In der russischen Zeitung wird bei immer stärkerer Betonung der Außenpolitik Mussolinis der entscheidende Hinweis herausgestellt: „Es kommt darauf an, zu erkennen, daß die Schicksalsstunde Europas mit der Schicksalsstunde eines jeden ihm angehörenden Landes schlagen wird“. Und im Berliner Tagesblatt rühmt Theodor Wolff den charmanten Reiz des italienischen Diktators, der erklärt, „er wüßte freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland“. Die deutsche Diplomatie bereitet dabei die Umgruppierung Europas mit der Graktion vor, wie sie den Grundlinien einer hart ausgebildeten Bürokratie entspricht. Herr Stibamer, der deutsche Botschafter in London, acht nach schwebender Untätigkeit. An seine Stelle tritt der bisherige deutsche Botschafter in Rom, Freiherr von Neurath, der als Diplomat alter Schule wohl in London die Jüden fortzusetzen im Stande ist, die er in Rom gelassen. Nach Rom geht dafür stark wider seinen eigenen Willen der bisherige außenpolitische Staatssekretär von Schubert, der Mann Stresemanns, der, wenn er die Grundlinien seiner Politik der letzten Jahre nicht ändern will, wohl bald Gelegenheit nehmen wird, außeramtlich über die Linien der deutschen Außenpolitik nachzudenken. Und das alles im richtigen Kurs verläuft, dafür wird schon der jetzt lein Dienst als Staatssekretär im Auswärtigen Amt antretende neue Herr, Bernhard von Hilow, ein Diplomat alter Schule, sorgen.

Trotzdem zu jeder Jahreszeit Genf seine politische Hochsaison hat, ist es sonach mit der europäischen Politik nicht so gut bestellt und ist die Garantie des Friedens keineswegs so fest, als diejenigen glauben, welche die noch aus der verflochtenen Katastrophe hergeleitete Kriegsmüdigkeit als alleinigen Gar-

rant des Weltfriedens ansehen. Wir haben heute gerade in diesen Tagen im Zeichen einer schicksalsschweren Entscheidung, einer Entscheidung, aus der vielleicht späterhin manch kommende Entwicklung erklärt werden wird. Mit Recht hat die Welt die dieser Tage in Berlin tagende Exekutive der sozialistischen Arbeiter-Internationale auf die Gefahren hinweisen, welche der Geist der gegenseitigen nationalistischen und militärischen Rivalität für den Frieden der Welt bedeutet. Die deutsche Arbeiterkraft und das deutsche Volk haben jedoch ein ganz besonderes Interesse daran, die Vorgänge aufmerksam zu verfolgen, soweit sie auf eine Umgruppierung Europas hinauslaufen. Die deutsche Arbeiterkraft will den Frieden und die Verständigung der Völker und leidet eine Abenteuerreise ab, die über kurz oder lang zu einer gefährlichen Katastrophe führen muß. Gleichzeitig fordert jedoch das deutsche Volk auch, man endlich 12 Jahre nach dem Kriege, dem deutschen Volk in der Welt eine Stellung in der Welt gibt, auf die es auf Grund des Mannes seines Volkes Anspruch hat und deren Nichterwirklichung zweifellos den Kräften zu gute kommt, die mit allen Mitteln die deutsche Republik unterminieren. Wenn daher jetzt der angebotene Fragebogen Briands in die Welt hinausgeschleudert wird, was Deutschland drückt, und was wir nicht früher verstanden haben, als in Versailles vorgelesen und in der Öffentlichkeit verhandelt wurde, das ist ein Zeichen für die deutsche Arbeiterkraft, auch wenn er furchtsamer Nachdenklichkeit vielleicht noch nachsichtig scheinen mag. Der Weg der Umgruppierung Europas wird jedoch nur gefunden, wenn in voller Öffentlichkeit über alle Streitfragen gesprochen wird. Es ist heute der letzte Moment der Schicksalsstunde für eine kommende Epoche. Mögen dies die deutschen Staatsmänner Europas bedenken, ehe dieser Moment verpaßt ist.

Die Säuglingstragödie

Der Staatsanwalt untersucht

Mit dem Tod von neun und der Erkrankung von 25 Lübeder Säuglingen, die mit dem in Deutschland noch nicht genügend erprobten Calmetteschen Tuberkuloseimpfstoff geimpft worden sind, beschäftigt sich nunmehr auch die Staatsanwaltschaft. Es wird gegen die verantwortlichen Ärzte der Vorwurf erhoben, daß die Behandlung der Kinder mit dem Calmette-Mittel nicht in allen Fällen mit Wissen der Mütter geschehen ist. Was noch schwerer wiegt, ist, daß sämtliche Lübeder Hebammen Kulturen dieser Kinderüberkeimbasillen auszubüden bekamen, wodurch naturgemäß bei der Dosierung sehr leicht Fehler unterlaufen konnten. Jede ärztliche Kontrolle fehlte.

Inzwischen hat das Reichsgesundheitsamt Professor Dr. L. an einen bekannten Tuberkulosefachmann, nach Lübeck entsandt. Dazu erklärt Professor Dr. Devede, der Direktor des Lübeder Krankenhauses: „Wir werden gemeinsam mit dem Reichsgesundheitsamt die Angelegenheit untersuchen, aber schon heute kann ich sagen, daß ich in meinem ganzen Leben nicht mehr meine Einwilligung zu der Anwendung des Verfahrens geben werde. Da die von mir untersuchten Präparate aus Paris stammend waren, kann ich nur zu der Annahme kommen, daß die Keimkulturen nicht geimpft sind, das also ein Mißgeschick in die alte Form eintrat. Dies würde allerdings für das Calmettesche Verfahren eine niederschmetternde Bestätigung sein.“

Es steht, daß in Frankreich, England und einer Reihe anderer Staaten Tausende von Kindern mit dem erwähnten Serum behandelt wurden, ohne daß schädliche Rückwirkungen aufgetreten wären. Die Methode des berühmten französischen Bakteriologen Calmette beruht darauf, daß die Keimkulturen in den ersten Lebensjahren dreimal eine Dosis einer besonderen Art von Kinder tuberkeln (etwa je 400 Millionen) eingeimpft werden. Damit wird nach Ansicht von Prof. Calmette der menschliche Körper gegen die Tuberkulose, die bisher immer noch jeder durchatmenden, Bekämpfung spottet, immun. In Frankreich wurde das Calmette-Serum in großem Umfang an Kinder verabreicht, mit dem Erfolg, daß die Sterblichkeit tuberkulosegefährdeter Kinder von 30 Prozent auf 8 Prozent sank. In Rumänien gelang es sogar, die Sterblichkeitsziffer von 25 auf 1,3 Prozent herabzudrücken. In Deutschland stand man bisher dem Calmette-

Verfahren zurückhaltend gegenüber. Der Versuch in Lübeck der erste größere seiner Art in Deutschland.

Am 17. Mai. Heute sind nach einer Blüthenperiode aus Lübeck dort 2 weitere Kinder gestorben, so daß bis jetzt ganze 11 Todesopfer zu beklagen sind.

Deutsches Hygiene-Museum eröffnet

Ein internationaler Gesundheitsdienst
Dresden, 16. Mai. (Eig. Drabt.) In Dresden wurde am Freitag das Deutsche Hygienemuseum eröffnet.

In seiner Begrüßungsrede führte der Dresdener Oberbürgermeister Dr. Blüher u. a. aus, daß die Leitung des Museums die Pflicht habe, einen internationalen Gesundheitsdienst zu schaffen, einen internationalen Gesundheitsdienst, der die Hygiene in allen Ländern fördern und die sanitäre Kultur in allen Kulturstaaten heben soll.

Reichsminister Dr. Wirth überbrachte die Wünsche der Reichsregierung.

Reichstagspräsident Lobe führte u. a. aus, die moderne Gelehrsamkeit habe sich längst der Gesundheitspflege angenommen, das Beweise der Schutz der Säuglinge, die Säuglingspflege, die Ernährung der Säuglinge, die allgemeine Vorkehrungen über den Gesundheitszustand eines jeden Menschen, die Hygiene des Körpers, die im Leben des Menschen die größte Rolle spielen, die Säuglingspflege, die im Leben des Menschen die größte Rolle spielen, die Säuglingspflege, die im Leben des Menschen die größte Rolle spielen.

Es sprach dann noch der sozialdemokratische Reichstagspräsident Lobe über die Bedeutung des Hygienemuseums für die deutsche Bevölkerung.

Löbe und die Arbeitslosen

Ein nachahmenswerter Weg

Reichstagspräsident Lobe hat beschlossen, allmonatlich von seinen Aufwandsgebühren sukzessive der Arbeitslosen einen größeren Betrag abzuführen. Es wäre dringend zu wünschen, daß dieser Weg in weitesten Kreisen benützt und unbeantwörter Art Nachahmung findet. Wenn auch zweifellos dieser Weg in keiner Weise eine Korrektur der von uns angeforderten gesetzlichen Maßnahmen für die Arbeitslosen darstellt, so bedeutet er doch immerhin ein Beispiel, das seiner psychologischen Wirkung wegen lebhaft begrüßt werden muß.

Reichsverband der Industrie und Osthilfe

RD. Die Reichsregierung trägt sich mit dem Plan, u. a. die aus der Industriebelastung aufkommenden Summen für die Durchführung des Hilfsprogramms für den Osten zu verwenden. Einen ähnlichen Vorschlag hat bereits der Großindustrielle Dr. Silberberg auf der außerordentlichen Generalversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie im Dezember 1929 gemacht. Auch die Volkshilfe des Reichspräsidenten über die landwirtschaftliche Hilfsaktion hat eine solche Finanzierung angeregt. Dazu wird vom Reichsverband der Deutschen Industrie mitgeteilt, daß er grundsätzlich nichts gegen die geplante Verwendung der in Frage kommenden Mittel einzuwenden habe, jedoch müsse das Eigentumsrecht der an der Aufbringung beteiligten Gruppen, die zu 90 Prozent zur Industrie gehören, gewahrt bleiben. Die Gelder der Bank für Industrieforderungen könnten im Rahmen der Hilfsaktion für den Osten nur als Darlehen verwendet werden.

Das Osthilfegeleit beim Reichsrat

Die Gesetze für die Osthilfe, die seit einigen Wochen die Reichsregierung beschäftigt, wurden heute endgültig fertiggestellt und werden unterhändlich dem Reichsrat zugeleitet. An den Beratungen haben sich Vertreter Preußens beteiligt. Es ist im Reichskabinett volles Einvernehmen erzielt worden.

Das Hochwasser in der Schweiz

Frauenfeld, 16. Mai. Am Mittwoch führte auch die Thur nahezu 2 Meter hohes Hochwasser. Bei der Einmündung der Thur in die Thur bei Frauenfeld war das ganze Bergelände überschwemmt, desgleichen in Eschikon die Straße von der Brücke gegen das Dorf, so daß der Verkehr umgeleitet werden mußte.

Briands Paneuropa-Vorschlag

London, 17. Mai. (Eig. Drabt.) Der Sonderberichterstatter Daily Herald in Genf ist in der Lage, seinem Blatt einen ausführlichen Ueberblick über den Briand'schen Memorandum für eine europäische Föderation zu geben. Es ist nicht, wie Zeitungsberichten wissen wollten, ein bloßer Fraachbock, sondern es enthält den Gedanken der Föderation nach allen Richtungen hin und jede Kleinigkeit um eine Meinungsäußerung.

Der Grundgedanke für den Aufbau einer europäischen Föderation ist folgender: Die europäischen Staaten bilden eine europäische Versammlung, die offenbar nach dem Muster der Völkerbundversammlung konstituiert werden soll. Außerdem eine europäische Rat und ein ständiges Sekretariat der Föderation, die die Föderation, welches ihre Zentrale in Genf haben würde. Die europäische Versammlung würde alljährlich einen Präsidenten wählen.

Räumungsbesprechung in Paris

Die widerstrebenden Militärs

Paris, 16. Mai. (Eig. Drabt.) Am Freitag fand im Auswärtigen Amt unter dem Vorsitz Tardieu eine Räumungsbesprechung über die zu erziehenden Maßnahmen zur Räumung des Landes statt. An der Sitzung nahmen u. a. teil der Oberbefehlshaber der Rheinarmee, General Guillaumat und der Chef der französischen Generalstabs Weygand. Ob es Tardieu politischer Kreise zu brechen und seinen eigenen sowie Weygands Willen zur Einhaltung des vereinbarten Räumungsstadiums zu erzwingen, wird über den Verlauf der Sitzung gesagt, noch ist in der öffentlichen Presse eine befriedigende Erklärung über diesen Streit nicht erschienen.

Nervenkraft für wenig Geld!

Sie sind es sich selbst schuldig, daß Sie die durch Arbeit und Sorgen erschöpften Nerven kräftigen. Das können Sie nicht durch irgendwelche Geheimmittel, sondern durch Kraftnahrung, Nerven- und Duomatine. Sie ist aus Naturprodukten (Malz, Weizen, Roggen, Apfelsinen und Drogen) erhältlich. Großhandel und Einzelhandel.

Originaldose mit 250 er Inhalt für 2.70 RM., 500 er für 5.00 RM. Apotheken und Drogerien erhältlich. Großhandel und Einzelhandel.

Dr. H. Wambler G.m.b.H., Dillhoffen-Rheinheffen.

Freistaat Baden

Die Beteiligung Badens am Kalibau

Das dem Landtagsauschuss wird uns berichtet: Die Regierung legte dem Landtag einen Gesetzentwurf vor, nach dem die Regierung ermächtigt werden soll, vom Staatsvermögen 4.340.000 RM. in eine Kapitalbeteiligung umzuwandeln. Durch diesen Gesetzentwurf wird das Eigenkapital der badischen Kalwerke erhöht. Die Darlegungen des Berichterstatters, Abg. Müller, gingen dahin, wie günstig beide Schächte, Baden und Martlaräcker, sich verhalten haben, daß sie in ihrer Beteiligungsziffer beinahe an die Spitze sämtlicher deutschen Kalwerke marschieren. Die Förderung der beiden Schächte ist von 60.708 Doppelzentner Reinkali im Jahre 1928 auf 441.996 Doppelzentner im Jahre 1929 gestiegen. Die Erwartungen, die man im Jahre 1928 bei der Schaffung des Kalwerkesgesetzes auf die beiden Schächte gesetzt hat, sind übererfüllt worden. Die Regierung gab eingehende Aufklärungen über den Ausbau der Kalwerke, die Rentabilität der Schächte. Der Landtagsauschuss genehmigte mit allen Stimmen gegen Enthaltung die Vorlage.

Keine Aufhebung des Redeverbots Münchmeyers

Der Landtag hat die Nationalsozialisten beantragt, das Redeverbot für ihre Parteigenossen Ober und Münchmeyer mit sofortiger Wirkung aufzuheben. Das gab am Freitag, 16. Mai, im Rechtsplenausschuss begründete Veranlassung, dieses Antrags nicht zuzustimmen. Schon der Berichterstatter, Abg. Trinks, stellte diesen Antrag. Im Antrag der Nationalsozialisten, Zentrum und Sozialdemokraten bei, obwohl der nationalsozialistische Redner die Redefreiheit seiner Partei in anderen deutschen Ländern

erklärte, er habe im März ds. Js. erlassen, das schon im September 1929 erlassene Verbot wieder aufzuheben, aber die neuerlichen Reden der badischen Nationalsozialisten hätten ihn doch davon abgehalten. Im Anschluß daran machte ein Sozialdemokrat auf die Rede des nationalsozialistischen Abg. Müller in Willingen am 10. Mai aufmerksam. Er hat dort bei der Besprechung der Außenpolitik gesagt:

„Ich werde zum Mörder, zum Verbrecher, wenn es meinem Vaterlande dient.“

Der verantwortungslos handelnde Geselle! Der anwesende nationalsozialistische Redner mit der Rechtfertigung, die eben ein „alibierender Vaterlandsverteidiger!“ Mit Beiseite der Rechte des Reichsausschusses eine solche Art von Vaterlands-

Umwandlung von Waghäusel in eine selbständige Gemeinde

Der Landtag hat die eingetragene Beratung und Beschlußfassung, über die wir am Montag ausführlich berichtet wurden, wurde dieser vielversprechende Gesetzentwurf in der Freitagsitzung des Rechtsplenausschusses des badischen Landtags mit 10 gegen 3 Stimmen bei Enthaltungen angenommen.

Wahlordnung für die Gemeindevahl

Der Rechtsplenausschuss wird uns berichtet: Die Regierung hat einen Antrag eingebracht, daß für Kreisvereinigungen und Bezirksrat nicht mehr gewählt wird, vielmehr die für diese Körperschaften auf Grund des Ergebnisses der vorausgegangenen Landtagswahl unter die Parteien zu wählen sind, daß ferner die Mittelglieder der Kreisvereinigungen abgeleitet wird.

Der Redner sprach sich dafür aus, daß man für die nächste Gemeindevahl noch eine besondere Wahlordnung mittels Verordnung herausgeben solle. In der nächsten Landtagsession wäre dann eine allgemeine Änderung der Gemeindeordnung vorzunehmen.

Der Minister erklärte, daß diese Wahlordnung ohne weiteres gegeben werden könne, während der sozialdemokratische Redner behauptete, daß die Zusammenlegung mit der Landtagswahl auch ihre Vorteile habe. Die Erklärung des Ministers und die allgemeine Zustimmung dann die Antragsteller, ihren Antrag zurückzuziehen. — Berichterstatter war Abg. Hoffmann (Ztr.).

Mitteleuropäische Binnenschiffahrtstagung

Stuttgart, 16. Mai. (Sig. Draht.) Der erste Verbandstag des mitteleuropäischen Binnenschiffahrtsverbands, der am 15. und 16. Mai in Stuttgart stattfand, war außerordentlich stark besucht. Die Tagung lag in den Händen des Geh. Baurat Prof. de Bierry, der in seiner Eröffnungssprache Rhein und Donau als die beiden Hauptkoordinaten bezeichnet, auf die der gesamte Verkehr in Mitteleuropa bezogen werden müsse. Das Ziel aller Bemühungen müsse sein, die verschiedenen Verkehrsmittel, Eisenbahn, Binnenschiffahrt und Binnenschiffahrt zu einem einheitlichen Gesamtverkehr zu verknüpfen.

Das Problem einer Mitteleuropäischen Gemeinschaftsarbeit im Verkehr des Verkehrs war ein Vortrag des Geh. Legationsrats Prof. Joestl, Wien, gewidmet. Besonders bemerkenswert war aus seinen Ausführungen, daß er die Bauwürdigkeit der Kanäle überhaupt als in Frage gestellt bezeichnet, wenn nicht mit einer anderen europäischen Wirtschaftspolitik als der heutigen zu rechnen wäre.

Die wirtschaftlichen Probleme der mitteleuropäischen Binnenschiffahrt sprach Reichsminister a. D. Dr. Gothein. Er sprach noch Prof. Smerel-Bünn über technische Probleme der Binnenschiffahrt auf der Basis der Transportkosten und die Erleichterung der Transportmöglichkeit abstell.

Schöne „Friedensausichten“

„Sicherung gegen Giftgaskrieg“

Stuttgart wird uns geschrieben: Der badische Luftschutz-Verein wird am 22. und 23. Mai in Stuttgart eine Tagung abhalten, um die Öffentlichkeit auf die Notwendigkeit und Möglichkeit von Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung einzudringen. Die Reichstagsabg. Dr. Graf werden über „Die neuen Waffen und Deutsch- und die internationalen Verhandlungen über die Vermeidung des Gift- und Gaskriegs“ referieren. Außerdem wird Prof. Dr. med. Fesse, der Leiter der pharmakologischen Universität in Breslau, über „Kampfgase, ihre Schäden und ihre Vermeidung“ sprechen. Seine Darlegungen werden durch chemische und physikalische Vorführungen unterstützt werden.

Macedonien ist das „klassische Land“ des Zigaretten-Tabaks. Zwar liefert es von der gesamten Orient-Ernte etwa nur den sechsten Teil, aber die macedonischen Tabakblätter sind so kostbar wie ungemünztes Gold. Begehrt von allen Völkern der Erde, erzielt der Macedonen-Tabak einen Preis, der ein Drittel und mehr über dem Durchschnitt des übrigen Zigaretten-Tabaks liegt.

Ein beträchtlicher Anteil der Ernten Macedoniens wandert in unsere geräumigen Speicherräume in Cavalla, Athen und Hamburg. Dort lagern die duftstarken Tabake, bis sie den Höhepunkt ihrer Reise erreicht haben. Je gehaltreicher das Produkt, desto länger währt diese Entwicklung.

Der Macedonen-Tabak braucht nicht weniger als 2-3 Jahre, bis er seine Qualität voll entfaltet hat, — bis er für OVERSTOLZ verarbeitet wird! Obwohl ein mehrjähriges Tabaklager weitere Kosten verursacht, bieten wir dem Raucher trotzdem — schon für 5 Pfennig — den vollen Genuß des besten Tabaks, den die Erde trägt.

OVERSTOLZ jetzt auch ohne Mundstück
echt macedonisch

Frick's republikfeindlicher Kurs

16. Mai. (Eig. Draht.) Der thüringische Innenminister Frick hat aus dem Staatsfond zur Förderung künstlerischer und literarischer Bestrebungen den sogenannten „Kampfbund für deutsche Kultur“ einen größeren Betrag überweisen lassen.

Der Verlauf der Freitagsöffnung des thüringischen Landtags, in dem der nationalsozialistische Minister Frick gegen den Vorwurf der nationalsozialistischen Opposition, umstürzlerische Bestrebungen zu betreiben, verteidigte, nahm er u. a. auch zu der Frage der Ernennung von Nationalsozialisten zu Polizeidirektoren Stellung.

Es besteht keine Neigung zu einer Aussprache. Nur die Kommunisten stellen zwei Redner. Der eine, Herr Beutling, schimpfte auf die angeblich schamlosen Maßnahmen der Reichsregierung Hermann Müller. Er schien noch gar nicht gemerkt zu haben, daß ein Wechsel in der Regierung eingetreten ist, oder hält er sich für verpflichtet, die bürgerliche Reichsregierung zu schonen.

Der bayerische Parteipolitiker Kauf hat Sorge, daß die Reichsregierung in München künftig einmal weglassen könnte und meinte, es sei ein Kadefisch gegen Bayern, wenn man die Reichsregierung in München als „künftig weglassend“ bezeichne.

Am 16. Mai. (Eig. Draht.) Der Reichstag erledigte am Freitag die zweite Beratung des

Bergarbeiter-Professstreik gegen die Küstungen geplant

In Krakau tagende internationale Grubenarbeiterkongress hat eine Entschließung gegen die weitere Ausbreitung dieses Professes auf übergeben, daß es der Kongress für notwendig, einen 24 stündigen Demonstrationstreik der Grubenarbeiter aller Länder zu veranstalten.

100 Anhänger Gandhis verhaftet

16. Mai. 100 Anhänger Gandhis, die nach Shiraz gekommen, um in die dortige Salzwasserlagune einzubringen, wurden früh in dem Augenblick verhaftet, als sie sich auf einen Dampfer einfinden wollten.

Aus aller Welt

Großfeuer in Bergen

16. Mai. Ein großer Brand in Bergen hat mehr als 100 Häuser, in der Hauptstraße allerdings keine Gebäude, zerstört. Der Schaden ist bisher nicht festgesetzt, wird aber auf Millionen Kronen geschätzt.

Konzerte

Badisches Landestheater Karlsruhe

Am Landestheater: Samstag, 17. Mai. * 24. Ab.-Gem. 2. S. 20 bis 22.15 Uhr (5.-). — Sonntag, 18. Mai. * 24. Ab.-Gem. 3. S. 20 bis 22.15 Uhr (5.-). — Montag, 19. Mai. Volksbühne. 3. Matinee. 17-22 Uhr (8.-). — Dienstag, 20. Mai. * 24. Ab.-Gem. 1001 bis 1101 und 1101-1200. Figaros Hochzeit. Komische Oper von Mozart. 19.30-22.45 Uhr (7.-). — Mittwoch, 21. Mai. Volksbühne. 4. Matinee. 17-22 Uhr (7.-). — Donnerstag, 22. Mai. * 25. (Donnerstagsmatinee). 24. Gem. 1. S. 20 bis 22.15 Uhr (5.-). — Freitag, 23. Mai. * 25. (Freitagmatinee). 24. Gem. (Sonderoper) 201-301. Der fidele Bauer. Operette von Fall. 20-22.30 Uhr (7.-). — Samstag, 24. Mai. * 25. Ab.-Gem. 3. S. 20 bis 22.15 Uhr (7.-). — Sonntag, 25. Mai. * 25. Ab.-Gem. (Sonderoper) 1-100 und 301 bis 400. Die Hederwiese. Operette von Strauß. 19.30-22.30 Uhr (8.-). — Montag, 26. Mai. * 25. Ab.-Gem. 401-500 und 501-600. Marius. Komödie von Wagner. 20-22.30 Uhr (5.-).

Badisches Landestheater Karlsruhe

Am Landestheater: Samstag, 17. Mai. * 24. Ab.-Gem. 2. S. 20 bis 22.15 Uhr (5.-). — Sonntag, 18. Mai. * 24. Ab.-Gem. 3. S. 20 bis 22.15 Uhr (5.-). — Montag, 19. Mai. Volksbühne. 3. Matinee. 17-22 Uhr (8.-). — Dienstag, 20. Mai. * 24. Ab.-Gem. 1001 bis 1101 und 1101-1200. Figaros Hochzeit. Komische Oper von Mozart. 19.30-22.45 Uhr (7.-). — Mittwoch, 21. Mai. Volksbühne. 4. Matinee. 17-22 Uhr (7.-). — Donnerstag, 22. Mai. * 25. (Donnerstagsmatinee). 24. Gem. 1. S. 20 bis 22.15 Uhr (5.-). — Freitag, 23. Mai. * 25. (Freitagmatinee). 24. Gem. (Sonderoper) 201-301. Der fidele Bauer. Operette von Fall. 20-22.30 Uhr (7.-). — Samstag, 24. Mai. * 25. Ab.-Gem. 3. S. 20 bis 22.15 Uhr (7.-). — Sonntag, 25. Mai. * 25. Ab.-Gem. (Sonderoper) 1-100 und 301 bis 400. Die Hederwiese. Operette von Strauß. 19.30-22.30 Uhr (8.-). — Montag, 26. Mai. * 25. Ab.-Gem. 401-500 und 501-600. Marius. Komödie von Wagner. 20-22.30 Uhr (5.-).

Badisches Landestheater Karlsruhe

Am Landestheater: Samstag, 17. Mai. * 24. Ab.-Gem. 2. S. 20 bis 22.15 Uhr (5.-). — Sonntag, 18. Mai. * 24. Ab.-Gem. 3. S. 20 bis 22.15 Uhr (5.-). — Montag, 19. Mai. Volksbühne. 3. Matinee. 17-22 Uhr (8.-). — Dienstag, 20. Mai. * 24. Ab.-Gem. 1001 bis 1101 und 1101-1200. Figaros Hochzeit. Komische Oper von Mozart. 19.30-22.45 Uhr (7.-). — Mittwoch, 21. Mai. Volksbühne. 4. Matinee. 17-22 Uhr (7.-). — Donnerstag, 22. Mai. * 25. (Donnerstagsmatinee). 24. Gem. 1. S. 20 bis 22.15 Uhr (5.-). — Freitag, 23. Mai. * 25. (Freitagmatinee). 24. Gem. (Sonderoper) 201-301. Der fidele Bauer. Operette von Fall. 20-22.30 Uhr (7.-). — Samstag, 24. Mai. * 25. Ab.-Gem. 3. S. 20 bis 22.15 Uhr (7.-). — Sonntag, 25. Mai. * 25. Ab.-Gem. (Sonderoper) 1-100 und 301 bis 400. Die Hederwiese. Operette von Strauß. 19.30-22.30 Uhr (8.-). — Montag, 26. Mai. * 25. Ab.-Gem. 401-500 und 501-600. Marius. Komödie von Wagner. 20-22.30 Uhr (5.-).

Badisches Landestheater Karlsruhe

Am Landestheater: Samstag, 17. Mai. * 24. Ab.-Gem. 2. S. 20 bis 22.15 Uhr (5.-). — Sonntag, 18. Mai. * 24. Ab.-Gem. 3. S. 20 bis 22.15 Uhr (5.-). — Montag, 19. Mai. Volksbühne. 3. Matinee. 17-22 Uhr (8.-). — Dienstag, 20. Mai. * 24. Ab.-Gem. 1001 bis 1101 und 1101-1200. Figaros Hochzeit. Komische Oper von Mozart. 19.30-22.45 Uhr (7.-). — Mittwoch, 21. Mai. Volksbühne. 4. Matinee. 17-22 Uhr (7.-). — Donnerstag, 22. Mai. * 25. (Donnerstagsmatinee). 24. Gem. 1. S. 20 bis 22.15 Uhr (5.-). — Freitag, 23. Mai. * 25. (Freitagmatinee). 24. Gem. (Sonderoper) 201-301. Der fidele Bauer. Operette von Fall. 20-22.30 Uhr (7.-). — Samstag, 24. Mai. * 25. Ab.-Gem. 3. S. 20 bis 22.15 Uhr (7.-). — Sonntag, 25. Mai. * 25. Ab.-Gem. (Sonderoper) 1-100 und 301 bis 400. Die Hederwiese. Operette von Strauß. 19.30-22.30 Uhr (8.-). — Montag, 26. Mai. * 25. Ab.-Gem. 401-500 und 501-600. Marius. Komödie von Wagner. 20-22.30 Uhr (5.-).

Justizetat vor Reichstag

Scharfe sozialdemokratische Kritik

Berlin, 16. Mai. (Eig. Draht.) Der Reichstag erledigte am Freitag die zweite Beratung des

Haushalts des Reichspräsidenten und der Reichsjustiz.

Es bestand keine Neigung zu einer Aussprache. Nur die Kommunisten stellen zwei Redner. Der eine, Herr Beutling, schimpfte auf die angeblich schamlosen Maßnahmen der Reichsregierung Hermann Müller. Er schien noch gar nicht gemerkt zu haben, daß ein Wechsel in der Regierung eingetreten ist, oder hält er sich für verpflichtet, die bürgerliche Reichsregierung zu schonen.

Der bayerische Parteipolitiker Kauf hat Sorge, daß die Reichsregierung in München künftig einmal weglassen könnte und meinte, es sei ein Kadefisch gegen Bayern, wenn man die Reichsregierung in München als „künftig weglassend“ bezeichne.

Am 16. Mai. (Eig. Draht.) Der Reichstag erledigte am Freitag die zweite Beratung des

Haushalts des Reichspräsidenten und der Reichsjustiz.

Es bestand keine Neigung zu einer Aussprache. Nur die Kommunisten stellen zwei Redner. Der eine, Herr Beutling, schimpfte auf die angeblich schamlosen Maßnahmen der Reichsregierung Hermann Müller. Er schien noch gar nicht gemerkt zu haben, daß ein Wechsel in der Regierung eingetreten ist, oder hält er sich für verpflichtet, die bürgerliche Reichsregierung zu schonen.

Der bayerische Parteipolitiker Kauf hat Sorge, daß die Reichsregierung in München künftig einmal weglassen könnte und meinte, es sei ein Kadefisch gegen Bayern, wenn man die Reichsregierung in München als „künftig weglassend“ bezeichne.

Am 16. Mai. (Eig. Draht.) Der Reichstag erledigte am Freitag die zweite Beratung des

Haushalts des Reichspräsidenten und der Reichsjustiz.

Es bestand keine Neigung zu einer Aussprache. Nur die Kommunisten stellen zwei Redner. Der eine, Herr Beutling, schimpfte auf die angeblich schamlosen Maßnahmen der Reichsregierung Hermann Müller. Er schien noch gar nicht gemerkt zu haben, daß ein Wechsel in der Regierung eingetreten ist, oder hält er sich für verpflichtet, die bürgerliche Reichsregierung zu schonen.

Der bayerische Parteipolitiker Kauf hat Sorge, daß die Reichsregierung in München künftig einmal weglassen könnte und meinte, es sei ein Kadefisch gegen Bayern, wenn man die Reichsregierung in München als „künftig weglassend“ bezeichne.

Am 16. Mai. (Eig. Draht.) Der Reichstag erledigte am Freitag die zweite Beratung des

Haushalts des Reichspräsidenten und der Reichsjustiz.

Es bestand keine Neigung zu einer Aussprache. Nur die Kommunisten stellen zwei Redner. Der eine, Herr Beutling, schimpfte auf die angeblich schamlosen Maßnahmen der Reichsregierung Hermann Müller. Er schien noch gar nicht gemerkt zu haben, daß ein Wechsel in der Regierung eingetreten ist, oder hält er sich für verpflichtet, die bürgerliche Reichsregierung zu schonen.

Der bayerische Parteipolitiker Kauf hat Sorge, daß die Reichsregierung in München künftig einmal weglassen könnte und meinte, es sei ein Kadefisch gegen Bayern, wenn man die Reichsregierung in München als „künftig weglassend“ bezeichne.

Am 16. Mai. (Eig. Draht.) Der Reichstag erledigte am Freitag die zweite Beratung des

Haushalts des Reichspräsidenten und der Reichsjustiz.

Es bestand keine Neigung zu einer Aussprache. Nur die Kommunisten stellen zwei Redner. Der eine, Herr Beutling, schimpfte auf die angeblich schamlosen Maßnahmen der Reichsregierung Hermann Müller. Er schien noch gar nicht gemerkt zu haben, daß ein Wechsel in der Regierung eingetreten ist, oder hält er sich für verpflichtet, die bürgerliche Reichsregierung zu schonen.

Der bayerische Parteipolitiker Kauf hat Sorge, daß die Reichsregierung in München künftig einmal weglassen könnte und meinte, es sei ein Kadefisch gegen Bayern, wenn man die Reichsregierung in München als „künftig weglassend“ bezeichne.

Am 16. Mai. (Eig. Draht.) Der Reichstag erledigte am Freitag die zweite Beratung des

Haushalts des Reichspräsidenten und der Reichsjustiz.

Es bestand keine Neigung zu einer Aussprache. Nur die Kommunisten stellen zwei Redner. Der eine, Herr Beutling, schimpfte auf die angeblich schamlosen Maßnahmen der Reichsregierung Hermann Müller. Er schien noch gar nicht gemerkt zu haben, daß ein Wechsel in der Regierung eingetreten ist, oder hält er sich für verpflichtet, die bürgerliche Reichsregierung zu schonen.

Der bayerische Parteipolitiker Kauf hat Sorge, daß die Reichsregierung in München künftig einmal weglassen könnte und meinte, es sei ein Kadefisch gegen Bayern, wenn man die Reichsregierung in München als „künftig weglassend“ bezeichne.

Am 16. Mai. (Eig. Draht.) Der Reichstag erledigte am Freitag die zweite Beratung des

Haushalts des Reichspräsidenten und der Reichsjustiz.

Es bestand keine Neigung zu einer Aussprache. Nur die Kommunisten stellen zwei Redner. Der eine, Herr Beutling, schimpfte auf die angeblich schamlosen Maßnahmen der Reichsregierung Hermann Müller. Er schien noch gar nicht gemerkt zu haben, daß ein Wechsel in der Regierung eingetreten ist, oder hält er sich für verpflichtet, die bürgerliche Reichsregierung zu schonen.

Der bayerische Parteipolitiker Kauf hat Sorge, daß die Reichsregierung in München künftig einmal weglassen könnte und meinte, es sei ein Kadefisch gegen Bayern, wenn man die Reichsregierung in München als „künftig weglassend“ bezeichne.

das Kompromiß der letzten Koalition in der Strafrechtsreform nicht einfach übernehmen dürfe. Seine Rede war im übrigen ein Vorstoß auf die pflichttreuen Männer, wie er die Fememörder bezeichnete. Er forderte eine Amnestie zur Freilassung dieser Herren nationaler Gesinnung, wie Everling sie aufführt.

Leider fand er durch den Reichsjustizminister, der gleich darauf das Wort nahm, keinerlei Zurückweisung, im Gegenteil, Minister Bredt trat ebenfalls für die Amnestierung der Fememörder ein, wenn überhaupt eine Amnestie Zweck haben soll. Bredt setzte sich auch sehr stark für die Rechtsprechung des Reichsgerichtes ein. Mit den Hochverratsprozessen sei es nicht lohnend, denn von 1000 eingeleiteten Verurteilungen wegen Hochverrats seien nur 44 fortgeführt worden.

Der Zentrumsgesandte Dr. Boff behauptete, daß in der Frage der am Donnerstag geheimeren neuen Justizreform das Reichsjustizministerium sich unter das Diktat des preussischen Finanzministers gebeugt habe. Er trug im übrigen einen Wunschzettel vor, der sich im wesentlichen auf die Reform des Zivilrechtes erstreckte, eine Reform der Ehecheidung war selbstverständlich nicht dabei.

Den Schluß des Tages bildete die Rede des kommunistischen Abgeordneten Dr. Alexander. Da schon der sozialistische Abgeordnete Dr. Koenigsfeld das Urteil des Reichsgerichtes kritisiert hatte, das behauptet, die Wiedergabe einer einzelnen Reichstagsrede des Abgeordneten Thalmann stehe nicht unter dem Schutz der Verfassung, war dem kommunistischen Redner ein Hauptstück seines Vortrages vorweg genommen. In der Tat widerspricht noch unserer Auffassung dieses Reichsgerichtsurteils dem Geist der Reichsverfassung. Unmöglich kann eine Zeitung das gesamte stenographische Protokoll einer Reichstagsdebatte abdrucken. Es muß jede einzelne Äußerung eines Abgeordneten aus dem Reichstag in einer Zeitung wieder gegeben werden können. Dr. Alexander beklagte sich im übrigen über die schändliche Strafrechtsreform gegen kommunistische Redakteure. Zweifellos ist das von ihm vorgebrachte Material, daß Justizministerialbeschlüsse vorliegen. Auf der anderen Seite kann man aber nicht leugnen, daß die kommunistische Presse dauernd eine ungemein rohe Sprache führt und mit dem bewußten Aufstand spielt. Das soll uns nicht hindern, in allen Fällen auch das Recht der Kommunisten zu unterstützen, wo es von der Justiz angetastet wird.

Der Zentrumsgesandte Dr. Boff behauptete, daß in der Frage der am Donnerstag geheimeren neuen Justizreform das Reichsjustizministerium sich unter das Diktat des preussischen Finanzministers gebeugt habe. Er trug im übrigen einen Wunschzettel vor, der sich im wesentlichen auf die Reform des Zivilrechtes erstreckte, eine Reform der Ehecheidung war selbstverständlich nicht dabei.

Den Schluß des Tages bildete die Rede des kommunistischen Abgeordneten Dr. Alexander. Da schon der sozialistische Abgeordnete Dr. Koenigsfeld das Urteil des Reichsgerichtes kritisiert hatte, das behauptet, die Wiedergabe einer einzelnen Reichstagsrede des Abgeordneten Thalmann stehe nicht unter dem Schutz der Verfassung, war dem kommunistischen Redner ein Hauptstück seines Vortrages vorweg genommen. In der Tat widerspricht noch unserer Auffassung dieses Reichsgerichtsurteils dem Geist der Reichsverfassung. Unmöglich kann eine Zeitung das gesamte stenographische Protokoll einer Reichstagsdebatte abdrucken. Es muß jede einzelne Äußerung eines Abgeordneten aus dem Reichstag in einer Zeitung wieder gegeben werden können. Dr. Alexander beklagte sich im übrigen über die schändliche Strafrechtsreform gegen kommunistische Redakteure. Zweifellos ist das von ihm vorgebrachte Material, daß Justizministerialbeschlüsse vorliegen. Auf der anderen Seite kann man aber nicht leugnen, daß die kommunistische Presse dauernd eine ungemein rohe Sprache führt und mit dem bewußten Aufstand spielt. Das soll uns nicht hindern, in allen Fällen auch das Recht der Kommunisten zu unterstützen, wo es von der Justiz angetastet wird.

Der Zentrumsgesandte Dr. Boff behauptete, daß in der Frage der am Donnerstag geheimeren neuen Justizreform das Reichsjustizministerium sich unter das Diktat des preussischen Finanzministers gebeugt habe. Er trug im übrigen einen Wunschzettel vor, der sich im wesentlichen auf die Reform des Zivilrechtes erstreckte, eine Reform der Ehecheidung war selbstverständlich nicht dabei.

Den Schluß des Tages bildete die Rede des kommunistischen Abgeordneten Dr. Alexander. Da schon der sozialistische Abgeordnete Dr. Koenigsfeld das Urteil des Reichsgerichtes kritisiert hatte, das behauptet, die Wiedergabe einer einzelnen Reichstagsrede des Abgeordneten Thalmann stehe nicht unter dem Schutz der Verfassung, war dem kommunistischen Redner ein Hauptstück seines Vortrages vorweg genommen. In der Tat widerspricht noch unserer Auffassung dieses Reichsgerichtsurteils dem Geist der Reichsverfassung. Unmöglich kann eine Zeitung das gesamte stenographische Protokoll einer Reichstagsdebatte abdrucken. Es muß jede einzelne Äußerung eines Abgeordneten aus dem Reichstag in einer Zeitung wieder gegeben werden können. Dr. Alexander beklagte sich im übrigen über die schändliche Strafrechtsreform gegen kommunistische Redakteure. Zweifellos ist das von ihm vorgebrachte Material, daß Justizministerialbeschlüsse vorliegen. Auf der anderen Seite kann man aber nicht leugnen, daß die kommunistische Presse dauernd eine ungemein rohe Sprache führt und mit dem bewußten Aufstand spielt. Das soll uns nicht hindern, in allen Fällen auch das Recht der Kommunisten zu unterstützen, wo es von der Justiz angetastet wird.

Der Zentrumsgesandte Dr. Boff behauptete, daß in der Frage der am Donnerstag geheimeren neuen Justizreform das Reichsjustizministerium sich unter das Diktat des preussischen Finanzministers gebeugt habe. Er trug im übrigen einen Wunschzettel vor, der sich im wesentlichen auf die Reform des Zivilrechtes erstreckte, eine Reform der Ehecheidung war selbstverständlich nicht dabei.

Den Schluß des Tages bildete die Rede des kommunistischen Abgeordneten Dr. Alexander. Da schon der sozialistische Abgeordnete Dr. Koenigsfeld das Urteil des Reichsgerichtes kritisiert hatte, das behauptet, die Wiedergabe einer einzelnen Reichstagsrede des Abgeordneten Thalmann stehe nicht unter dem Schutz der Verfassung, war dem kommunistischen Redner ein Hauptstück seines Vortrages vorweg genommen. In der Tat widerspricht noch unserer Auffassung dieses Reichsgerichtsurteils dem Geist der Reichsverfassung. Unmöglich kann eine Zeitung das gesamte stenographische Protokoll einer Reichstagsdebatte abdrucken. Es muß jede einzelne Äußerung eines Abgeordneten aus dem Reichstag in einer Zeitung wieder gegeben werden können. Dr. Alexander beklagte sich im übrigen über die schändliche Strafrechtsreform gegen kommunistische Redakteure. Zweifellos ist das von ihm vorgebrachte Material, daß Justizministerialbeschlüsse vorliegen. Auf der anderen Seite kann man aber nicht leugnen, daß die kommunistische Presse dauernd eine ungemein rohe Sprache führt und mit dem bewußten Aufstand spielt. Das soll uns nicht hindern, in allen Fällen auch das Recht der Kommunisten zu unterstützen, wo es von der Justiz angetastet wird.

Hausbesitzerfreundlicher Minister Bredt

Wie die D. A. Z. berichtet, ist im Anschluß an eine Vertretung des Reichsjustizministers Dr. Bredt in der letzten Reichstagsitzung beabsichtigt, 1931 und zwar entweder zum 1. April oder 1. Juni, eine Erhöhung der Mieten für das ganze Reich vorzunehmen. Dadurch soll die von Dr. Bredt angestrebte Erhöhung des Hypothekenzinses ermöglicht werden.

Es gilt gegen diese Pläne von vornherein entschiedene Front zu machen.

Verorgungs- und Ruhegehaltsfragen

Der Haushaltsausschuß des Reichstags verabschiedete am Freitag den Haushalt für die Versorgungs- und Ruhegehälter, der für 1930 einen Zuschuß von 1760 Millionen Mark erfordert, wovon auf die Pensionen für die Offiziere des alten Heeres und ihre Hinterbliebenen 190 Millionen auf die Kriegesbeschädigten und Kriegerverwundeten 1280 Millionen Mark entfallen.

Ein sozialdemokratischer Antrag, der für die Kapitalbindung den Anfall von 63 Millionen auf 68 Millionen erhöhen wollte, wurde abgelehnt, desgleichen eine sozialdemokratische Entschließung, wonach die Einsparungen der nächsten Jahre, die sich aus der allmählichen Verringerung der Zahl der Versorgungsberechtigten oder durch eine Abänderung der Gesetzgebung ergeben, für notwendige Verbesserungen der Versorgung verwendet werden sollten. Angenommen wurde eine Entschließung der Regierungsparteien, worin die Regierung ersucht wird, das Verfahren in Versorgungsangelegenheiten zu vereinfachen, und den Kreis der Versorgungsberechtigten festzustellen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags verabschiedete am Freitag den Haushalt für die Versorgungs- und Ruhegehälter, der für 1930 einen Zuschuß von 1760 Millionen Mark erfordert, wovon auf die Pensionen für die Offiziere des alten Heeres und ihre Hinterbliebenen 190 Millionen auf die Kriegesbeschädigten und Kriegerverwundeten 1280 Millionen Mark entfallen.

Ein sozialdemokratischer Antrag, der für die Kapitalbindung den Anfall von 63 Millionen auf 68 Millionen erhöhen wollte, wurde abgelehnt, desgleichen eine sozialdemokratische Entschließung, wonach die Einsparungen der nächsten Jahre, die sich aus der allmählichen Verringerung der Zahl der Versorgungsberechtigten oder durch eine Abänderung der Gesetzgebung ergeben, für notwendige Verbesserungen der Versorgung verwendet werden sollten. Angenommen wurde eine Entschließung der Regierungsparteien, worin die Regierung ersucht wird, das Verfahren in Versorgungsangelegenheiten zu vereinfachen, und den Kreis der Versorgungsberechtigten festzustellen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags verabschiedete am Freitag den Haushalt für die Versorgungs- und Ruhegehälter, der für 1930 einen Zuschuß von 1760 Millionen Mark erfordert, wovon auf die Pensionen für die Offiziere des alten Heeres und ihre Hinterbliebenen 190 Millionen auf die Kriegesbeschädigten und Kriegerverwundeten 1280 Millionen Mark entfallen.

Ein sozialdemokratischer Antrag, der für die Kapitalbindung den Anfall von 63 Millionen auf 68 Millionen erhöhen wollte, wurde abgelehnt, desgleichen eine sozialdemokratische Entschließung, wonach die Einsparungen der nächsten Jahre, die sich aus der allmählichen Verringerung der Zahl der Versorgungsberechtigten oder durch eine Abänderung der Gesetzgebung ergeben, für notwendige Verbesserungen der Versorgung verwendet werden sollten. Angenommen wurde eine Entschließung der Regierungsparteien, worin die Regierung ersucht wird, das Verfahren in Versorgungsangelegenheiten zu vereinfachen, und den Kreis der Versorgungsberechtigten festzustellen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags verabschiedete am Freitag den Haushalt für die Versorgungs- und Ruhegehälter, der für 1930 einen Zuschuß von 1760 Millionen Mark erfordert, wovon auf die Pensionen für die Offiziere des alten Heeres und ihre Hinterbliebenen 190 Millionen auf die Kriegesbeschädigten und Kriegerverwundeten 1280 Millionen Mark entfallen.

Ein sozialdemokratischer Antrag, der für die Kapitalbindung den Anfall von 63 Millionen auf 68 Millionen erhöhen wollte, wurde abgelehnt, desgleichen eine sozialdemokratische Entschließung, wonach die Einsparungen der nächsten Jahre, die sich aus der allmählichen Verringerung der Zahl der Versorgungsberechtigten oder durch eine Abänderung der Gesetzgebung ergeben, für notwendige Verbesserungen der Versorgung verwendet werden sollten. Angenommen wurde eine Entschließung der Regierungsparteien, worin die Regierung ersucht wird, das Verfahren in Versorgungsangelegenheiten zu vereinfachen, und den Kreis der Versorgungsberechtigten festzustellen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags verabschiedete am Freitag den Haushalt für die Versorgungs- und Ruhegehälter, der für 1930 einen Zuschuß von 1760 Millionen Mark erfordert, wovon auf die Pensionen für die Offiziere des alten Heeres und ihre Hinterbliebenen 190 Millionen auf die Kriegesbeschädigten und Kriegerverwundeten 1280 Millionen Mark entfallen.

Ein sozialdemokratischer Antrag, der für die Kapitalbindung den Anfall von 63 Millionen auf 68 Millionen erhöhen wollte, wurde abgelehnt, desgleichen eine sozialdemokratische Entschließung, wonach die Einsparungen der nächsten Jahre, die sich aus der allmählichen Verringerung der Zahl der Versorgungsberechtigten oder durch eine Abänderung der Gesetzgebung ergeben, für notwendige Verbesserungen der Versorgung verwendet werden sollten. Angenommen wurde eine Entschließung der Regierungsparteien, worin die Regierung ersucht wird, das Verfahren in Versorgungsangelegenheiten zu vereinfachen, und den Kreis der Versorgungsberechtigten festzustellen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags verabschiedete am Freitag den Haushalt für die Versorgungs- und Ruhegehälter, der für 1930 einen Zuschuß von 1760 Millionen Mark erfordert, wovon auf die Pensionen für die Offiziere des alten Heeres und ihre Hinterbliebenen 190 Millionen auf die Kriegesbeschädigten und Kriegerverwundeten 1280 Millionen Mark entfallen.

Ein sozialdemokratischer Antrag, der für die Kapitalbindung den Anfall von 63 Millionen auf 68 Millionen erhöhen wollte, wurde abgelehnt, desgleichen eine sozialdemokratische Entschließung, wonach die Einsparungen der nächsten Jahre, die sich aus der allmählichen Verringerung der Zahl der Versorgungsberechtigten oder durch eine Abänderung der Gesetzgebung ergeben, für notwendige Verbesserungen der Versorgung verwendet werden sollten. Angenommen wurde eine Entschließung der Regierungsparteien, worin die Regierung ersucht wird, das Verfahren in Versorgungsangelegenheiten zu vereinfachen, und den Kreis der Versorgungsberechtigten festzustellen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags verabschiedete am Freitag den Haushalt für die Versorgungs- und Ruhegehälter, der für 1930 einen Zuschuß von 1760 Millionen Mark erfordert, wovon auf die Pensionen für die Offiziere des alten Heeres und ihre Hinterbliebenen 190 Millionen auf die Kriegesbeschädigten und Kriegerverwundeten 1280 Millionen Mark entfallen.

Ein sozialdemokratischer Antrag, der für die Kapitalbindung den Anfall von 63 Millionen auf 68 Millionen erhöhen wollte, wurde abgelehnt, desgleichen eine sozialdemokratische Entschließung, wonach die Einsparungen der nächsten Jahre, die sich aus der allmählichen Verringerung der Zahl der Versorgungsberechtigten oder durch eine Abänderung der Gesetzgebung ergeben, für notwendige Verbesserungen der Versorgung verwendet werden sollten. Angenommen wurde eine Entschließung der Regierungsparteien, worin die Regierung ersucht wird, das Verfahren in Versorgungsangelegenheiten zu vereinfachen, und den Kreis der Versorgungsberechtigten festzustellen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags verabschiedete am Freitag den Haushalt für die Versorgungs- und Ruhegehälter, der für 1930 einen Zuschuß von 1760 Millionen Mark erfordert, wovon auf die Pensionen für die Offiziere des alten Heeres und ihre Hinterbliebenen 190 Millionen auf die Kriegesbeschädigten und Kriegerverwundeten 1280 Millionen Mark entfallen.

Ein sozialdemokratischer Antrag, der für die Kapitalbindung den Anfall von 63 Millionen auf 68 Millionen erhöhen wollte, wurde abgelehnt, desgleichen eine sozialdemokratische Entschließung, wonach die Einsparungen der nächsten Jahre, die sich aus der allmählichen Verringerung der Zahl der Versorgungsberechtigten oder durch eine Abänderung der Gesetzgebung ergeben, für notwendige Verbesserungen der Versorgung verwendet werden sollten. Angenommen wurde eine Entschließung der Regierungsparteien, worin die Regierung ersucht wird, das Verfahren in Versorgungsangelegenheiten zu vereinfachen, und den Kreis der Versorgungsberechtigten festzustellen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags verabschiedete am Freitag den Haushalt für die Versorgungs- und Ruhegehälter, der für 1930 einen Zuschuß von 1760 Millionen Mark erfordert, wovon auf die Pensionen für die Offiziere des alten Heeres und ihre Hinterbliebenen 190 Millionen auf die Kriegesbeschädigten und Kriegerverwundeten 1280 Millionen Mark entfallen.

Ein sozialdemokratischer Antrag, der für die Kapitalbindung den Anfall von 63 Millionen auf 68 Millionen erhöhen wollte, wurde abgelehnt, desgleichen eine sozialdemokratische Entschließung, wonach die Einsparungen der nächsten Jahre, die sich aus der allmählichen Verringerung der Zahl der Versorgungsberechtigten oder durch eine Abänderung der Gesetzgebung ergeben, für notwendige Verbesserungen der Versorgung verwendet werden sollten. Angenommen wurde eine Entschließung der Regierungsparteien, worin die Regierung ersucht wird, das Verfahren in Versorgungsangelegenheiten zu vereinfachen, und den Kreis der Versorgungsberechtigten festzustellen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags verabschiedete am Freitag den Haushalt für die Versorgungs- und Ruhegehälter, der für 1930 einen Zuschuß von 1760 Millionen Mark erfordert, wovon auf die Pensionen für die Offiziere des alten Heeres und ihre Hinterbliebenen 190 Millionen auf die Kriegesbeschädigten und Kriegerverwundeten 1280 Millionen Mark entfallen.

Ein sozialdemokratischer Antrag, der für die Kapitalbindung den Anfall von 63 Millionen auf 68 Millionen erhöhen wollte, wurde abgelehnt, desgleichen eine sozialdemokratische Entschließung, wonach die Einsparungen der nächsten Jahre, die sich aus der allmählichen Verringerung der Zahl der Versorgungsberechtigten oder durch eine Abänderung der Gesetzgebung ergeben, für notwendige Verbesserungen der Versorgung verwendet werden sollten. Angenommen wurde eine Entschließung der Regierungsparteien, worin die Regierung ersucht wird, das Verfahren in Versorgungsangelegenheiten zu vereinfachen, und den Kreis der Versorgungsberechtigten festzustellen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags verabschiedete am Freitag den Haushalt für die Versorgungs- und Ruhegehälter, der für 1930 einen Zuschuß von 1760 Millionen Mark erfordert, wovon auf die Pensionen für die Offiziere des alten Heeres und ihre Hinterbliebenen 190 Millionen auf die Kriegesbeschädigten und Kriegerverwundeten 1280 Millionen Mark entfallen.

Ein sozialdemokratischer Antrag, der für die Kapitalbindung den Anfall von 63 Millionen auf 68 Millionen erhöhen wollte, wurde abgelehnt, desgleichen eine sozialdemokratische Entschließung, wonach die Einsparungen der nächsten Jahre, die sich aus der allmählichen Verringerung der Zahl der Versorgungsberechtigten oder durch eine Abänderung der Gesetzgebung ergeben, für notwendige Verbesserungen der Versorgung verwendet werden sollten. Angenommen wurde eine Entschließung der Regierungsparteien, worin die Regierung ersucht wird, das Verfahren in Versorgungsangelegenheiten zu vereinfachen, und den Kreis der Versorgungsberechtigten festzustellen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags verabschiedete am Freitag den Haushalt für die Versorgungs- und Ruhegehälter, der für 1930 einen Zuschuß von 1760 Millionen Mark erfordert, wovon auf die Pensionen für die Offiziere des alten Heeres und ihre Hinterbliebenen 190 Millionen auf die Kriegesbeschädigten und Kriegerverwundeten 1280 Millionen Mark entfallen.

Ein sozialdemokratischer Antrag, der für die Kapitalbindung den Anfall von 63 Millionen auf 68 Millionen erhöhen wollte, wurde abgelehnt, desgleichen eine sozialdemokratische Entschließung, wonach die Einsparungen der nächsten Jahre, die sich aus der allmählichen Verringerung der Zahl der Versorgungsberechtigten oder durch eine Abänderung der Gesetzgebung ergeben, für notwendige Verbesserungen der Versorgung verwendet werden sollten. Angenommen wurde eine Entschließung der Regierungsparteien, worin die Regierung ersucht wird, das Verfahren in Versorgungsangelegenheiten zu vereinfachen, und den Kreis der Versorgungsberechtigten festzustellen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags verabschiedete am Freitag den Haushalt für die Versorgungs- und Ruhegehälter, der für 1930 einen Zuschuß von 1760 Millionen Mark erfordert, wovon auf die Pensionen für die Offiziere des alten Heeres und ihre Hinterbliebenen 190 Millionen auf die Kriegesbeschädigten und Kriegerverwundeten 1280 Millionen Mark entfallen.

Ein sozialdemokratischer Antrag, der für die Kapitalbindung den Anfall von 63 Millionen auf 68 Millionen erhöhen wollte, wurde abgelehnt, desgleichen eine sozialdemokratische Entschließung, wonach die Einsparungen der nächsten Jahre, die sich aus der allmählichen Verringerung der Zahl der Versorgungsberechtigten oder durch eine Abänderung der Gesetzgebung ergeben, für notwendige Verbesserungen der Versorgung verwendet werden sollten. Angenommen wurde eine Entschließung der Regierungsparteien, worin die Regierung ersucht wird, das Verfahren in Versorgungsangelegenheiten zu vereinfachen, und den Kreis der Versorgungsberechtigten festzustellen.

MAGGI'S Fleischbrühwürfel Die Qualitätsmarke

weiterungsbau der Kant-Oberrealschule

Bürgerausschuss wurde auf gestern nachmittags zu einer Sitzung des Erweiterungsbau...

Willkommen in Offenburg!

Ein herzlich willkommen entbieten die Offenburgere Partei...

Hochwasser

Ob Mannheim, 16. Mai. Das Hochwasser von Rhein und Neckar ist ständig im Steigen...

Emmendingen. Das Wasser der Elz und Bretten ist seit gestern abend bedeutend zurückgegangen...

Kehl. Rhein und Kinzig sowie die Schutter führen Hochwasser. Ihr Wasser ist braungelb...

Vörrach. Auch die Wiese ist durch die sehr starken Niederschläge der letzten Tage hoch angeschwollen...

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Aus der Stadt Durlach

Wie man die nationalsozialistische „Volksseele“ ins Kochen bringt

Auskünfte der Redaktion

Herrenanzugstoffe

Veranstaltungen

Erstlingen

Wasserstand des Rheins

Landesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Veranstaltungen

Erstlingen

Wasserstand des Rheins

Landesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Durlacher Anzeigen

Sommertagszug Bruchsal

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Stärkt das Blatt für eure Interessen, unseren Volksfreund

Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe

Gasthaus „Zur großen Linde“

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Ruf an die Frauen!

Wiegst du, Mutter, deine Kinder,
stopfst du Kleider, nimmst nicht minder
Dinge, die die Zeit zerbricht,
näht den Mädchen Lumpenpuppen,
kochst dem Manne karge Suppen —
tatest ganz du deine Pflicht?

Nicht das Dulden und Gebären,
nicht das Führen und Gebären
schlägt den Feind, die Got, zurück!
Willst du Sklavin schwarzer Zeiten
nicht mehr sein, mußt selbst du streiten
für dein Recht und für dein Glück!

Nicht das Klagen, Tragen, Trauern,
nicht das tatenlose Rauern
ebnet deinem Recht den Pfad.
Schreite mutig unbedrossen
vorwärts mit den Kampfgenossen,
Sei getreuer Kamerad!

Mädchen mit der starren Miene:
hinter Spindel und Maschine
schaffst du Anderen Gewinn!
Nicht im Tanz von Arbeitsbändern,
nicht im Glanz von Schmuck, Gewändern
hat dein Leben Zweck und Sinn.

Unter roten Freiheitsfahnen
wird dir wach das stumme Ahnen:
Großes wirkt geringe Kräfte!
Dem Genossen geh' zur Seite,
Kämpferin im scharfen Streite,
trag' selbst roter Fahne Schäfte!

Aus dem Dunkel brecht ins Helle,
roter Welle frische Quelle,
brömt mit uns dem Ziele zu!
Zum Gelingen fehlt manch Mädchen!
Kommt ihr Frauen, kommt ihr Mädchen!
Werde auch Genossin Du!

Emil Rath

Internationaler Frauentag

Von Marie Zuhacz, M. d. R.

Der von der Sozialdemokratie veranstaltete Frauentag (18. Mai bis 1. Juni) ist dem Andenken August Bebel gewidmet, der vor 50 Jahren sein vielgelesenes Buch „Die Frau und der Sozialismus“ herausgab. Die ganze Partei wird sich in diesen zwei Wochen in den Dienst der Frauenbewegung stellen. Die Kraft und Größe der Partei wird mitbestimmt von der Zahl und politischen Aktivität der Frauen.

Als 1910 in Kopenhagen der 13. Internationale Arbeiterkongress tagte, fanden aus diesem Anlaß auch internationale Gewerkschaftskongresse statt, die sozialistischen Jugendorganisationen traten zusammen, die Frauen hielten die 2. internationale Konferenz ab. Hier in Kopenhagen schloß die Sozialistinnen aus siebzehn Nationen den Beschluß, alljährlich einmal in allen Ländern einen Frauentag abzuhalten. Im Vordergrund stand das Interesse für das Frauenwahlrecht. Ideologisch damit verbunden waren die großen sozialen Probleme, die in der Erwerbsarbeit der Frauen ihre Ursache hatten und noch immer haben: Mutter- und Kindeslossein und gewerblicher Schuß der Arbeiterin. Vor allem aber war es das Bestreben, das internationalen Zusammenkünften der Arbeiterklasse ihr schönstes Gepräge gibt: dem Zusammengehörigkeitsgefühl, der Interessensolidarität der Beschäftigten und Entschiedenheit durch Beschlüsse und gemeinsames Tun einen wirksamen Ausdruck zu geben.

Schon in Stuttgart (1907) auf der ersten Frauenkonferenz wurde es sich gezeigt, daß die Sozialistinnen aller Länder ein hartes Gefühl für die Notwendigkeit hatten, sich auch international in eine Linie mit dem kämpfenden Proletariat zu stellen. Die Erkenntnis, ein Teil der ganzen Arbeiterbewegung zu sein — dieses starke Klassen-

gefühl hat die proletarische Frauenbewegung davor bewahrt, sich von der Allgemeinbewegung der Arbeiterklasse abzulösen, trotzdem die Gefahr dazu in den Verhältnissen gegeben war. Bis 1908 war in Deutschland der Mehrzahl der Frauen keine Möglichkeit der politischen Organisation und Betätigung gegeben. Politisch rechtlos waren die Frauen dann auch noch bis zur Revolution. Ueberlieferung und traditionelle Gewöhnung ließen den Gedanken der politischen und sozialen Gleichberechtigung nur langsam zur Entwicklung kommen. Die Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung ist in ihren großen Linien selbstverständlich von der wirtschaftlichen Entwicklung bedingt.

Es war für die Entwicklung der Frauenbewegung nicht gleichgültig, wie sich die Gesamtpartei zu ihr stellte. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes erklärte Wilhelm Liebknecht in seiner Rede zum zukünftigen Parteiprogramm, daß die Forderung nach einem allgemeinen Wahlrecht selbstverständlich auch für die Frauen Geltung habe. Und im Erfurter Programm ist diese Forderung ausdrücklich erhoben worden. Auch organisatorisch wurde die Bahn freigelegt. Bei einem solchen verständnisvollen Entgegenkommen der sozialistischen Partei konnte es garnicht zu Sondervereinsbildungen kommen, wie wir sie hier und da in anderen Ländern bemerkt haben, und wie sie auf der bürgerlichen Seite in den großen Frauenverbänden entstanden sind, deren geschichtliche Bedeutung hier nicht untersucht werden soll.

Etwas ist notwendig zur Vorwärtsentwicklung einer Bewegung: Begeisterung. Wir können uns kaum noch eine Vorstellung davon machen, mit welchem Feuereifer die Sozialdemokratinnen damals arbeiteten. Die Arbeiterfrauen waren damals wahrlich nicht auf Rosen gebettet. Niedriger Lohn der Männer, Arbeitslosigkeit, hohe Kinderzahl zwangen die verheirateten Frauen, die wegen ihrer stärkeren menschlichen Reife fast überall die Trägerinnen der Bewegung waren, in die Lohnarbeit, wo sie bei langem Arbeitstag unter ungeheurem Lohndruck standen. Von den schändlichen Verfolgungen der Männer durch die Polizei und vom herabwürdigenden Unternehmertum der schwarzen Listen wurden die Frauen oft mit betroffen. Trotzdem oder gerade deshalb ging es in

unverminderter Begeisterung vorwärts. 1911 im März wurde der Frauentag zum erstenmal veranstaltet. Die Jahre 1912, 1913 und 1914 brachten eine Steigerung. Der Gedanke hatte geündet. Nach 1916 versuchten die Sozialistinnen trotz des Krieges, trotz der seelischen Depression der Frauen, den Gedanken an den Frauentag wachzubalten. Der Wille zur Gleichberechtigung war während des Krieges unter den Frauen erstarkt; er konnte nicht so sehr nach außen drängen. Das Uebermaß der körperlichen Leistung, die Angst um Mann, Sohn und Bruder, die Verantwortung und Sorge um die hungernden Kinder, der eigene Hunger drängte diese Gedanken zurück. Und doch — mit dem nahenden Kriegsende trat stärker und stärker sichtbar auch das politische Selbstbewußtsein der Frauen in Erscheinung. Dem alten System wäre dieser stark gewachsene Wille der Frauen zur Gleichberechtigung sicher unabweisbar geworden. Mit der Revolution jedoch war ein Kampf um das Frauenwahlrecht nicht mehr nötig. Die sozialdemokratische Regierung gab uns Frauen das Wahlrecht.

Und trotzdem Frauentag? Gerade deshalb. Wir fühlen solidarisch mit den Frauen der Schweiz, Italiens, Belgiens, Frankreichs und all der anderen Länder, in denen die Frauen noch um ihr Bürgerrecht kämpfen müssen. Wir Frauen kämpfen auch in Deutschland und allen Ländern zusammen mit den Arbeitern noch um soziales und bürgerliches Recht. Diese Notwendigkeit bewies die jüngste politische Entwicklung deutlich genug. Wir demonstrieren als Frauen und Mütter für die Erhaltung des Friedens. Und wir erkennen daraus, daß die Sozialdemokratie ihre Zeitungen und Organisationen für unsere Veranstaltungen zur Verfügung stellt, daß es ihr Ernst ist in ihrem Werden um Gemeinschaft mit der Frau. Wir sind stolz auf die Führer und Führerinnen der Vergangenheit, die den Weg gebahnt und den Sieg des Frauenrechts vorbereitet haben. Ihre Begeisterung soll uns ein Vorbild sein für den Frauentag 1930. Wir denken dankbar und in Verehrung an August Bebel, der sein Buch „Die Frau und der Sozialismus“ mit den Worten schließt: „Dem Sozialismus gehört die Zukunft, das heißt: Dem Arbeiter und der Frau“.

So wächst die Zahl

der weiblichen Parteimitglieder!

1926: 151811 Frauen

1927: 165492 Frauen

1928: 181541 Frauen

1929: 198771 Frauen

1930: 218335 Frauen

Und du? Bist du dabei? Sorge mit dafür, daß

wir bald eine viertel Million Frauen in der

Sozialdemokratischen Partei

sind!

Der Frauenparagraf

Von Dr. Crede

Der durch sein Schauspiel „Kopf in Kopf“ und „Der Korbhüter zum Sozialisten“, bekannt gewordene hantoverische Arzt, Gen. Dr. Crede nimmt im folgenden zum Thema des § 218 das Wort:

Allgemach bricht sich doch in den Kreisen der Ärzetschaft der Gedanke Bahn, daß es so nicht mehr weiter geht. Man entdeckt allmählich, daß alle Fragen, die unser Volk bedrücken — zu Boden drücken — ihren Angelpunkt in der Bevölkerungs-politik haben. Unser Staat hat ein Volk mit Wohnung und Brot zu versorgen, das zu zahlreich geworden ist, gemessen an dem Wohnraum und an der Arbeitsmöglichkeit.

Man stelle sich nun einmal folgendes vor:

Es war einmal ein Gutsbesitzer, ein treuer fleißiger Mann. Während nun aber der Vater bei der Viehzucht in den Grenzen geblieben war, die ihm die Umstände gezogen hatten, hatte der Sohn aus falschem Ehrgeiz, aus falscher Spekulation heraus seinen Viehbestand so vermehrt, daß die Zahl des gehaltenen Viehes weit über die Abgabemöglichkeiten hinausging, jedoch die Enge des Gehöftes den reichen Viehstand nicht mehr fassen konnte, daß sogar Krankheiten im Vieh um sich griffen.

Da kamen dann eines Tages seine Freunde zu ihm und stellten ihm vor: „Lieber Freund, du bist doch geradezu mit dem Dummheitel geblieben, nicht endlich einzusehen, daß du auf dem falschen Wege bist. Falls doch nun endlich die Zahl deines Viehes deinen Verhältnissen an! Blicke lieber weniger Tiere aber gute, verurteile diese Tiere möglichst gesund zu erhalten. Dann wird allmählich dein Ruf wieder hergestellt werden, man wird wieder von dir kaufen und du selber bist deine furchtbaren Sorgen los.“

Doch unser Freund war nicht davon abzubringen. Er suchte unentwegt weiter, schließlich hatte er den ganzen Stall voll medräger und mit Mafel behafteter Tiere. . . Und so lebte er dann weiter, dieser unglückliche Mensch, der nicht erkennen konnte, was richtig und was falsch ist, bis eines Tages Mattheit am letzten war. . . Damit ist mein Märchen zu Ende.

Wenn von den Leuten, die nachdenken können, bringt sich nicht ein Veraleich auf. Auch unser Staat lebt oder läßt vielmehr sein Volk unter Verhältnissen leben, die denen gleichen, die ich eben am Vieh des Loren schilderte. Die Zahl der Arbeitslosen und der dabei die Arbeit liebenden wächst unheimlich. Die Tuberkulose erweist und begünstigt durch Wohnungsenge und schlechte Ernährung, steigt erschreckende Zahlen die nicht ab — sondern zunehmen; denn die Staatsfinanzen stimmen nicht immer, sie sind oft zu optimistisch aufgestellt und erschöpfen nicht das Material. Die Arbeiterkraft lebt unter unangünstigeren Verhältnissen, sie wird immer schwächer in Bezug auf die Kraft der Ueberwindung von Krankheiten, sie erliegt daher einem raschen Rückgang der Körperkraft und Leistungsfähigkeit, sie belastet den Staat. Die Wohnungsnot schreit gen Himmel.

Wenn ich behaupte, daß man in offiziellen Verstaten allmählich lernt, die Dinge so zu sehen wie sie wirklich sind, so bezog sich diese Feststellung lediglich auf die Ärzetschaft der Reichshauptstadt Berlin, in deren Ärzetschaft sich neulich außerordentlich interessante und wichtige Vorgänge abspielten. Dagegen scheint man in der Provinz, bezüglich in den ärztlichen Standesorganen der Provinz, noch fest an den früheren mehr oder weniger konventionellen Einstellungen festhalten zu wollen.

Zunächst einige Erklärungen: Unter „Indikation“ ist folgendes zu verstehen: Der Arzt hat zu prüfen, ob irgendwelche Umstände ihn berechtigen — ja verpflichten, die Schwangerschaft in dem einen oder anderen Falle zu unterbrechen. Man unterscheidet bei wachen einer fogen, gesundheitlichen Indikation beispielsweise, wenn eine Mutter wegen zu engen Bedens nicht gebären darf, und der „sozialen“ Indikation, wenn eine Frau infolge schlechter Ernährungsverhältnisse, Einkommensverhältnisse, Wohnungsverhältnisse von weiterem Kinderlegen verschont bleiben soll.

Schließlich die so. „eugische“ Indikation, die sich damit erschöpft, daß man Leben, das unmerit ist des Lebens, schon im Mutterleib vernichten will, damit es nicht erst als Belastung des Staates und der Familie geboren wird.

Wenn das Parlament sich den Wünschen der großen Mehrheit des Volkes verliert, die die §§ 218 und 219 des St. G. B. geändert haben will, bleibt nur noch das „Volksbegehren“ übrig. Die gesamte Linke kann sich ihrer Pflicht, dem Volksbegehren die Wege zu ebnen nicht entziehen. Ein überreicher Erfolg wird bemerken, wie unser Volk wirklich empfindet.

1926 sind 13 681 Frauen

1927 sind 16 049 Frauen

1928 sind 17 230 Frauen

1929 sind 19 564 Frauen

der

Sozialdemokratischen Partei beigetreten!

Wieviel werden es 1930 sein? Sorge auch du dafür, daß in diesem Jahr mehr als 25000 Frauen neue Mitglieder der Partei werden.

Bubikopf und Frauenbart

Von Dr. Benno Zehn (Wien)

Der Bublikopf ist aus der öffentlichen Diskussion verschwunden. Man streitet nicht mehr darüber, ob er praktisch ist oder nicht, ob er moralisch ist oder nicht, ob er dem Kopf vorzuziehen ist oder nicht, ob er die Frauen und Mädchen besser macht oder nicht und so fort. Trotz verschiedener wilder Gerüchte und trotz aller Birtenbriefe stellt man dem Bublikopf auch für die Zukunft eine günstige Prognose, kurz, der Bublikopf hat auf der ganzen Linie gesiegt.

Womit natürlich nicht gesagt ist, daß man nicht auch mit dem Bublikopf seine liebe Sorge haben kann. So konnten viele Bubliköpfe die Beobachtung machen, daß ihr Haar viel fetter sei als früherzeit in der vorangegangenen Ära. Viel Ernter ist eine andere Beobachtung, über die die Gelehrten nicht so leicht wegkommen werden. Da schreibt eine deutsche Ärztin in einer angesehenen wissenschaftlichen Zeitschrift: wörtlich: „Zwei Frauen kamen mit der Klage zu mir, daß sowohl am Kinn als auch am Körper ein unangenehmes Wachstum von Haaren eingeleitet hätte, seitdem sie ihr Haar als Bublikopf kurz geschnitten hätten. Damit ist das Dunkel, in das Ursache und Entstehung der Ueberbehaarung beim Weibe gehüllt ist, um eine neue Finsternis bereichert.“

Was unangenehmes Wachstum für die holde Weiblichkeit bedeutet, davon weiß ich ein Lied zu singen, seitdem ich einen Artikel über Haare an den Weinen geschrieben habe. Die Zahl rührender und bewegender Zuschriften ist damit in die Hunderte gegangen. Haare auf den Weinen können sonst sehr vernünftige Damen zu erbitterten Gegnern der Strandbadbewegung machen. Es gibt außer den Weinen noch andere Körperteile, die im bürgerlichen Leben frei getragen werden.

Denken Sie doch nur an das Schreckgepenst des Altweiberbartes! Entsetzlich! Und noch entsetzlicher die Möglichkeit, daß der Bublikopf mit einer Ursache für die weibliche Ueberbehaarung sein soll.

Die erwähnte Ärztin fürchtete sich nicht und sing schnurstracks an die Nachprüfung dieser schrecklichen Behauptung. Sie hat daraufhin 46 Frauen mit kurzem Haar auf Ueberbehaarung untersucht und fand bei 11 Frauen, das ist also bei 23 Prozent, eine deutliche Ueberbehaarung. Sie nahm Ueberbehaarung erst an, wenn die mittlere Bauchlinie, der Marsenhof oder das Kinn deutliche Härchen zeigten. Allerdings muß festgehalten werden, daß das zur Verfügung stehende „Material“ hauptsächlich aus schwangeren Frauen bestand. Nun weiß man ja, daß zwischen Körperbehaarung und den sogenannten Drüsen mit innerer Sekretion Beziehungen

bestehen und daß Schwangerschaft an sich Ueberbehaarung auslösen kann.

Es war darum sehr richtig, daß die Ärztin auch schwangere Frauen mit langem Haar untersuchte; sie fand bei 122 Schwangeren mit langem Haar nur bei 16, das ist 12 Prozent, eine Ueberbehaarung. Von den 46 kurzhaarigen Frauen gaben 7 Frauen ein Mandat an, daß ihre Ueberbehaarung erst seit dem Barthscheinstände bestünde. Gewiß ist die Zahl dieser Beobachtungen an einem großen Material nachzurufen. Stehen ja doch heute genügend Bubliköpfe zur Verfügung.

Die Gelehrten mögen nicht mit der Ausrede kommen, daß sie andere Sorgen haben. Die Sorgen der Frauen können und dürfen nicht mit einem Achselzucken abgetan werden. Da haben die Ärzte zettler interessante Beziehungen zwischen Ueberbehaarung und Nebennierenrinde festgestellt. Soll nun etwa der Barthscheinstände Bublikopf die Funktion der Nebennierenrinde beeinflussen? Wenn der Bublikopf das Temperament und dieses auf dem so schon erwähnten psychopathologischen Wege die Harmonie bestimmter Drüsen innerer Sekretion? Wieder einmal zeigt es sich, wie wenig die himmelfürerliche Wissenschaft das allseitige Studium weiblicher Ueberbehaarung reflektieren können.

Oder soll etwa gar der Bublikopf die Keimdrüsen beeinflussen können? Tandler und Herbst haben ja seiner Zeit abnorme Ueberbehaarung bei Frauen als ein Hervortreten des allgemeinen sozialcharakteristischen Mensch bei schlecht funktionierenden Keimdrüsen gedeutet. Und Brandt ist gar auf Grund harnstoffschichtiger Studien zu dem brutal anmutenden Schluß gekommen, daß es sich beim Parte des Weibes um eine im Entsetzen begriffene Mutation des weiblichen Geschlechtes handle, wobei die wesentliche Entmildung im Laufe der Zeiten auch in Bezug auf den Bublikopf — zur Gleichheit mit dem Manne führen wird.

Tröstliche Ausblicke! Ich habe schon vor Jahren auf den weiblichen Instinkt verwiesen, der — ohne Kenntnis der geologischen Forschungen — die Frau zur Verschleierung ihrer sekundären Geschlechtsmerkmale, zur Umänderung in Kleidung und Gebaren männliche Körperform geführt hat! Ist vielleicht der gar vielmal behauptete Bublikopf der halbe Weg zum Frauenbart?

Was mit der Nachprüfung der Bubliköpfe an Ueberbehaarung!

In fünf Jahren

— von 1926 bis 1930 — sind der Partei

66524 Frauen

beigetreten! Von Jahr zu Jahr wird die Schar größer! Wie steht es mit dir? Hilfst du mit? Werbe neue Mitkämpferinnen für die

Sozialdemokratische Partei!

Die Pflicht des unehelichen Vaters

Grete Herzogen

Der gewaltige Frauenüberschuß von zwei und einhalb Millionen Frauen in Deutschland, die Forderung nach Gleichberechtigung der unehelichen Mutter, das zunehmende Interesse an unehelichen Kindern, alles das hat nicht vermindert, die grenzenlose Unkenntnis an beidseitigen, in der sich die werdende uneheliche Mutter gewöhnlich befindet. Dabei ist die Stellung des unehelichen Kindes, der unehelichen Mutter und nicht zuletzt die des unehelichen Vaters gesetzlich auf das genaueste festgelegt. Das Bürgerliche Gesetzbuch regelt diese Verhältnisse in einer Weise, die in manchen Punkten vielleicht angreifbar sein mag, im allgemeinen aber eine durchaus brauchbare Unterlage bietet. Jedenfalls braucht die uneheliche Mutter nicht mehr in wirtschaftlicher Hinsicht unbedingt demütigend zu sein. Bestände nicht immer noch die hilflose, veraltete, reaktionäre Einstellung gegen die uneheliche Mutter, brauchen viele Frauen nicht auf das Recht auf das Kind zu verzichten, das ihnen von der Natur verliehen ist.

Der uneheliche Vater gilt zwar nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch nicht als mit dem Kinde verwandt, hat aber schon vom ersten Tage der Geburt Pflichten. Er kann von der Mutter schon für die Kosten der Entbindung verantwortlich gemacht werden und ist verpflichtet, die Mutter während der ersten sechs Wochen nach der Entbindung zu unterhalten. Alle Aufwendungen, die infolge der Schwangerschaft oder Entbindung notwendig geworden sind, gehen ebenfalls zu seinen Lasten. Aber selbst dann, wenn die Kosten nicht erwachsen sind, kann die Mutter sie fordern, ohne daß sie den Nachweis darüber abzulegen hat. Der für Berlin festgesetzte Kostenbeitrag, der in jedem Falle gefordert werden kann, beträgt zur Zeit 160 M. Da der uneheliche Vater häufig die Zahlung dieser Kosten ablehnt, geschieht die Entbindung sehr oft schon durch die Amtsvormundschaft, die ja gesetzlich die Rechte des Kindes vertritt. Das Gesetz bietet zwar die Möglichkeit, diese Ansprüche der unehelichen Mutter bereits vor der Geburt sicherzustellen. Es gibt auch schon eine Pflichten für die uneheliche Mutter, die ebenfalls die Amtsvormundschaft des zuständigen Bezirksamtes übernimmt. Es dürfte sich also in jedem Falle empfehlen, den Amtsvormund schon frühzeitig, auch schon vor der Geburt des unehelichen Kindes zur Rückfrage aufzusuchen.

Der uneheliche Vater, der nach dem Gesetz nicht als verwandt mit dem Kinde gilt, hat auch keine Rechte an das Kind, selbst wenn er den gesetzlich festgelegten Pflichten nachkommt. Er kann demnach das Kind nicht ohne Einwilligung der Mutter und des Vormundes in eigene Pflege nehmen. Dafür hat er aber die Pflicht, das Kind vom Tage der Geburt bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres durch Zahlung einer Geldrente zu unterhalten. Diese Unterhaltungsgeelder — Alimente nennt sie der Vormund — sollen nach dem Gesetz vierteljährlich voraus bezahlt werden. Gewöhnlich machen es die wirtschaftlichen Verhältnisse des unehelichen Vaters notwendig, die Zahlung in Monats- oder Wochenraten erfolgen zu lassen. Die Amtsvormundschaft sorgt ihrerseits dafür, daß dieser Verpflichtung regelmäßig nachgekommen wird. Eigenartig und interessant ist die Bestimmung, nach der im Bürgerlichen Gesetzbuch die Höhe dieser Unterhaltungsgeelder festgelegt wird. Sie richtet sich keineswegs nach dem Einkommen des Vaters, wie man vielleicht vermuten könnte, sondern nach dem Stande der Mutter. Ein im höheren Stand des Vaters, mit dem dann wohl auch ein höheres Einkommen verbunden ist, wird nicht berücksichtigt. Der Mindestbetrag dieser Unterhaltungsgeelder beträgt für Berlin seit dem 1. April 1927 monatlich 40 M. Dieser Betrag gilt für Mütter einfacheren Standes, zu denen das Gesetz Arbeiterinnen und Hausangestellte zählt. Hat die Mutter höhere Schulbildung und fachliche Vorbildung, so erhöht sich dieser Betrag auf monatlich 60 bis 80 Mark.

Die Heranziehung des unehelichen Vaters zu seinen gesetzlichen Verpflichtungen erfolgt durch die Amtsvormundschaft. Der Vormund ladet den Vater, sobald er von der Mutter anwesend geworden ist, vor das Jugendamt. Erkennt der Vater seine Unterhaltspflicht in einer willfährigen Urkunde an, so gilt der Vermögensanspruch gesetzlich gesichert. Wird vom vermeintlichen Vater keine Urkunde abgegeben, wird vom Amtsvormund Klage gegen ihn bei dem zuständigen Amtsgericht eingereicht. Selbstverständlich kann der als Vater Anwesende gegen diese Klage Einwendungen erheben, über die dann das Gericht zu befinden hat.

Schwestern allesamt herbei!

Der diesjährige Internationale Frauentag wird zum erstenmal seit seiner Einrichtung nicht nur ein Tag der Demonstration und Werbung sein, sondern mit dem heutigen Tage beginnt, soll er zwei Wochen hindurch von Frauen aufgeführt, um sie für die Sozialdemokratie zu gewinnen. Darin drückt sich der Wille der Partei aus, ein solches Kraft für den Ausbau der Organisation und für die Gewinnung auch der Frauen zu arbeiten.

Diese Werbung, die unter dem Stichwort: „Die Frauen und der Sozialismus“ durchgeführt wird, ist natürlich nicht alleinige Aufgabe der weiblichen Mitglieder. Solidarität, die ein Grundprinzip unserer hehren sozialistischen Bewegung darstellt, erfordert ganz selbstverständlich die Mitarbeit auch der Männer.

Das Jochen der Deffentlichkeit vorgelegte Jahrbuch der Sozialdemokratie verkündet mit berechtigtem Stolz, daß im letzten Berichtsjahr die Zahl der weiblichen Parteimitglieder das zweite Hunderttausend überschritten hat. 218335 Frauen waren am Jahresanfang in der Sozialdemokratischen Partei vereint. Das sind mehr weibliche Angehörige, als jede andere deutsche Partei überhaupst an Mitgliedern aufzuweisen hat. Aber diese Hunderttausende bilden doch erst eine kleine Minderzahl der Gesamtzahl der deutschen arbeitenden Frauen.

Viel Aufklärungsarbeit bleibt zu tun, wenn wir erreichen wollen, daß die Masse der arbeitenden Frauen organisatorisch zu uns gehört.

Es ist nicht allein die Kraft der Organisation, die den Tag der schaffenden Frau im Vordergrund stehen wird. Nein? Die Eroberung der Herzen und Hirne der Frauen für unsere sozialistischen Ideale — das ist die Wichtigste. Darum stellt unsere Werbung die Beziehungen der Frau zum Sozialismus in den Mittelpunkt.

Genossinnen und auch Genossen! Mit aller Siegesgewissheit heran an die Werbearbeit! Vertraut der Wahrheit alle die Idee, die uns von Sieg zu Sieg geführt hat! Faden wir alle dann wird der sozialistische Gedanke auch die Frauen, die nicht den Weg zur Sozialdemokratie fanden, ergreifen und mit uns in die eine große Kampffront der Sozialdemokratischen Partei führen.

Vorwärts, hinein in die Wohnungen aller arbeitenden Frauen, hinein mit dem Rufe: Schwestern herbei!

Unter 1021777 Mitgliedern

zählt die Partei bereits

218335 Frauen

Das ist erst ein Fünftel der Gesamtzahl! Sorge dafür, Genossen, daß sich diese Zahl vervielfacht!

Der Internationale Frauentag

bietet dir die beste Gelegenheit, für die

Sozialdemokratie zu werben!

Frühjahrs-Neuheiten in Damen- u. Kinderkonfektion

Elegante Mäntel

in sehr hübschen Stoffen, ganz auf Futter
in den Preislagen

**21.- 25.- 29.- 32.-
35.- bis 68.-**

**Maß-Anfertigung
Täglich Eingang von Neuheiten
Billigste Preise**

Schwarze Konfektion

in Kleidern und Mänteln
großes Lager in allen Preislagen

Aparte Kleider

in Tweed, Wollecrêpe, Veloutine

Preislagen:

**19⁵⁰ 23.- 30.- 36.-
42.- und höher**

CARL Stumpf

Spezialhaus moderner Damen- und Kinderkonfektion

OFFENBURG - GEGR. 1890

Lobende Anerkennungen

hören wir täglich über die
Güte und Preiswürdigkeit
unserer Kaffees und Tees

Machen auch Sie einen Versuch!

Hamburger Kaffee-Lager

Niederlage: Thams & Garfs
OFFENBURG, HAUPTSTRASSE 89

Restaurant „Zur Zauberflöte“, Offenburg

Großer Wirtschaftsgarten / Kaffee / Wein / Moninger
Bier, Export, hell und dunkel / Geräumiger Saal für
Vereins- und Familienfeste / Gute Küche / Bürgerlicher
Mittagstisch, in und außer Abonnement - Telefon 1627

Besitzer: Artur Kern, Moninger-Bier-Niederlage

BESUCHEN SIE DAS HOTEL-RESTAURANT SAALBAU „Drei Könige“ Offenburg i. B.

um sich von dessen vorzüglichen WEINEN und guter, feiner
Küche überzeugen zu können. - Autogarage - Telefon 1277
Konferenz- und Ausstellungsräume.

Das Kaufhaus Weiher

Offenburg
Hauptstraße

bietet fortwährend die größte Auswahl in
Gelegenheitsgeschenken

Glas- und Porzellanwaren / Emailgeschlren
und Aluminiumwaren / Tischbestecken / Holz-
und Bürstenwaren / Spielwaren

In Haus- und Küchengeräten das größte und billigste
Geschäft in ganz Mittelbaden

Das Möbel-, Betten- und Aussteuerhaus Weissenberger-Bodenheimer

Ritterstr. 18/20

Ist die günstigste Einkaufsquelle mit den
sogenanntesten Zahlungsbedingungen

Für das Pfingstfest!

Herren-Anzüge Uebergangs-Mäntel Leichte Kleidung

in den neuesten u. elegantesten For-
men und Farben zu wirklich billigen
Preisen und soliden Qualitäten bei

Tannhauer

Offenburg (Baden), Fischmarkt Nr. 1
Das große Spezial-Geschäft für
Herren- und Knaben-Kleidung

Wagner- Bräu

Qualitäts-Biere

Auschanke im Gasthaus zum Bären - Gasthaus zur Krone
Gasthaus zur Neuen Pfalz - Gasthaus zum Römischen
Kaiser - Brauerei-Auschanke St. Otto

Cravatten
Socken
Handschuhe

Karl Kimmerle
Inhaber: L. HESS
Spezial-Geschäft für
Herrenwäsche, Herrenwäsche

OFFENBURG, LANGESTRASSE 1

„Michelhalle“

Prima Weine
Vorzügliches Kronen-Bräu
Bekannt erstklassige Küche
Telephon Nr. 1202

An unsere verehrlichen Leserinnen und Leser
von Offenburg und Umgebung richten wir das
freundliche Ersuchen, sich diese Anzeigen
aufzubereiten und bei ihren Einkäufen und
Bedarf die inserierenden Firmen und Gasthäuser
zu berücksichtigen

Die größte Auswahl in SCHUHEN

aller Art in erstklassigen Qualitäten
zu den billigsten Preisen finden Sie im

Schuhwarenhaus

J. VALFER

Offenburg, Ecke Marktplatz, Fischmarkt

Gasthaus Zum Bären

Bekannt gute Küche / Billige
Fremdenzimmer / Spez. Bad.
Weine / H. Wagner-Bräu / Saal
Verkehrslokal der Solidarität

Besitzer A. Köninger

Möbel

Gut
schön
billig

bei
KARL BALLUFF
Langestraße 51

Kronenbrauerei A.G. - Offenburg i. B.

Herstellung feinsten Qualitäts-Biere